

# Volkstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die „Volkstimme“ erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Festtage) mit dem Datum des folgenden Tages. Verantwortlicher Redakteur (einschließlich der Unterhaltungsbeilage „Die Raft“): Emil Müller, Magdeburg. Verantwortlich für Inserate: Wilhelm Bindau, Magdeburg. Druck und Verlag von W. Pfannkuch & Co., Magdeburg, Gr. Mühlstr. 2. Preis pro Jahrgang 1867, Redaktion 1794, Verlag und Druckerei 961. — Zeitungspresse Seite 404.

Bezugspreis: Vierteljährlich einfl. Postfrank 2 25 Mk., monatl. 60 Pf. Beim Abholen von der Expedition und den Ausgabestellen vierteljährlich 2 Mk., monatl. 70 Pf. Bei den Postanstalten 2 25 Mk. ohne Postfrank. Einzelne Nummern 5 Pf. — In der Redaktion gebührenfrei: die 7spaltige Kolonnette 15 Pf., Inserate von anwärts 25 Pf., im Weltmarkt 1 Mk. 10 Pf. Postfrank: Nr. 1958. Berlin. — Einmaliger Rabatt kann verweigert werden, wenn nicht binnen 4 Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt.

Nr. 35.

Magdeburg, Dienstag den 11. Februar 1913.

24. Jahrgang.

Die heutige Nummer umfasst 12 Seiten und 4 Seiten „Die Raft“.

## Sehn zu sechzehn!

Seit den Erklärungen der Staatssekretäre von Tirpitz und von Jagow in der Budgetkommission des Reichstags beschäftigt sich die ganze Welt mit dieser verheißungsvollen und, wie es manchen scheinen will, erlösenden Formel. Noch vor wenigen Jahren hat die deutsche Regierung mit größter Bestimmtheit erklärt, daß sie sich auf ein **Rüstungsabkommen mit England** nicht einlasse, daß dieses Abkommen an hundert Schwierigkeiten, vor allem an der Unmöglichkeit, eine mathematische Ausdrucksformel dafür zu finden, scheitern müsse. Jetzt erklärt sich die Regierung aber mit dem Vorschlag des englischen Marineministers einverstanden, sie erkennt die Ueberlegenheit Englands zur See an und scheint bereit, in eine Verständigung über die Begrenzung der Rüstungen auf Grundlage der von Churchill vorgeschlagenen Formel 1:16 einzutreten.

Man hat in der Doffentlichkeit die Erklärungen der Regierungsbereiter vielfach so verstanden, als ob ein Abkommen über den Rüstungsstilstand zwischen Deutschland und England tatsächlich schon abgeschlossen sei. Wahrscheinlich aber ist jener Teil der Presse recht unterrichtet, der dieser Annahme entgegentritt. Mehr als ein theoretisches Anerkennung des englischen guten Willens und die Ankündigung, ihm entgegenkommen zu wollen, war in der Rede des Marineministers kaum enthalten.

Die Regierung bereitet sich vor, die Militärmacht des Reiches zu Lande erheblich zu vergrößern. Was sie für die Flotte will, ist ihr im Vorjahr schon bewilligt worden. Darum kann ihr eine Entlastung nach der maritimen Seite für den Augenblick nur willkommen sein. Sie will einweilen nicht mehr Schiffe bauen als das zurzeit geltende Flottenprogramm vorsieht, weil sie ihre Kraft auf eine Verstärkung des Landheeres konzentrieren will. Der Sieg der Vernunft ist also höchstens ein sehr teilweiser, und das Entgegenkommen der deutschen Regierung an die englischen Wünsche entspringt Erwägungen, die von den Richtlinien der internationalen sozialdemokratischen Politik sehr erheblich abweichen.

Trotzdem sind die Erklärungen der deutschen Regierung erfreulich. Nicht weil sie das Zugeständnis enthalten, daß eine Begrenzung der Rüstungen auf Grund einer bestimmten Zahlenproportion möglich ist. Ein solches Zugeständnis würde zuviel sagen, um befriedigend zu sein, denn tatsächlich besteht ja eine solche allgemeine Möglichkeit nicht, sie besteht nicht zwischen Staaten, die einander feindlich sind und einander misstrauen, sie besteht nur zwischen Mächten, die zueinander Vertrauen hegen und nicht mit der Wahrscheinlichkeit eines nahen Krieges zueinander rechnen.

Dies war aber im Streit um die Rüstungseinschränkung in der Tat der springende Punkt. Die Anhänger sagten: „Wir halten das Abkommen für möglich“, und sie fügten laut hinzu: „Wir wollen ein Verhältnis des Friedens und des Vertrauens mit England.“ Die Gegner aber erklärten: „Das Abkommen ist unmöglich“, und dachten im stillen: „Ueber heut' oder morgen kommt es doch zur Auseinandersetzung mit England, da wollen wir uns nicht die Hände binden lassen.“ Und so ist die veränderte Stellungnahme der deutschen Regierung keine Verbesserung ihrer theoretischen Erkenntnis, sondern, was wertvoller ist, ein Zeichen dafür, daß sich die Beziehungen zwischen Deutschland und England gebessert haben.

Man wird auch jetzt nicht mit Längen- und Gohlmaßen kommen dürfen, um abzumessen, wie sich die beiden Flotten zueinander verhalten und wer noch ein paar Tonnen dazubauen muß, damit die Rechnung 1:16 auch wirklich stimmt. Ob sie stimmt oder nicht stimmt, darüber würde sich, wenn die Absicht dazu vorhanden wäre, immer streiten lassen, aber zurzeit fehlt eben diese Absicht zu streiten: man will nicht messen und um Kontingente feilschen, sondern man nimmt an, daß keiner der beiden Staaten den Krieg gegen den andern vorbereitet und richtet sich auf beiden Seiten entsprechend ein. Das ist der Erfolg, der durch ein deutsch-englisches Abkommen erreicht werden kann, ob er schon erreicht und auf längere Zeit gesichert ist, darüber weiß man freilich leider nichts Bestimmtes.

Gäbe die deutsche Regierung, wozu sie von der Sozialdemokratie immer wieder aufgefordert worden ist, schon früher eine ähnliche Haltung eingenommen wie jetzt, so hätten das deutsche und das englische Volk Milliarden sparen können.

Ganz ähnlich wie mit den Seerüstungen gegen England liegt es aber mit den Landrüstungen gegen Frankreich. Für das deutsche Volk und für ganz Europa

wäre eine freundschaftliche Verständigung mit Frankreich im Augenblick viel nützlicher noch als ein Flottenabkommen mit England. Kann und will uns die Diplomatie die Sicherheit schaffen, daß Deutschland in absehbarer Zeit an der Westgrenze nichts zu fürchten hat, dann ist die neue Militärvorlage total überflüssig. Wenn aber Deutschland sich mit England zu verständigen sucht, um sich gegen Frankreich stark zu machen, dann darf man sich auch wieder darüber nicht wundern, daß sich ein Teil der Pariser Presse von den Berliner Reden nicht eben sonderlich entzückt zeigt. Eine Politik der Verständigung zwischen Deutschland und einer der Westmächte hat nur dann Aussicht auf ehrlichen Erfolg, wenn sie sich nicht zugleich gegen die andre der beiden Mächte richtet. Und das deutsche Volk hat an einer solchen Verständigung auch nur dann realen Gewinn, wenn man das an der Flotte gesparte Geld zu Kulturzwecken verwendet. Wenn man aber etwas weniger Panzerplatten bestellt, um dafür desto mehr Maschinengewehre kaufen zu können, wenn man gegen England weniger rüstet, um gegen Frankreich mehr zu rüsten, dann handelt es sich nur um zwei verschiedene Methoden, dem wirtschaftlichen Bankrott und der internationalen Krise entgegenzutreiben.

Möglich wäre allerdings auch, daß wir nach der neuen Rüstungsvorlage auch zu einer Verständigung mit Frankreich kämen. Auch mit Frankreich sollen ja, wie verschiedentlich behauptet wird, in der letzten Zeit freundschaftliche Beziehungen, Versprechungen und vielleicht noch mehr ausgetauscht worden sein. Dann aber wäre die neue Belastung des Volkes durch die Militärvorlage erst recht vollständig sinnlos, ebenso sinnlos wie die deutsch-englische Milliardenvergeudung der letzten Jahre, die jetzt durch die veränderte Haltung der deutschen Regierung als ganz überflüssig anerkannt worden ist. Im Licht der neuesten Vorgänge erscheint die bevorstehende Militärvorlage der deutschen Regierung als ein besonders schwerer politischer Fehler. Herr v. Tirpitz und Herr von Jagow werden wider ihren Willen die besten Bundesgenossen der Sozialdemokratie gegen Herrn von Seeringen sein.

## Politische Uebersicht.

Magdeburg, den 10. Februar 1913.

### Die Justiz vor Gericht.

Die Rechtspflege ist in ihrer gegenwärtigen Gestalt ein Ausdruck der tiefsten Gegensätze, die die heutige Gesellschaft aufzuweisen hat. Weil sie ausgeübt wird von der herrschenden Klasse und ihren Vertretern gegen das Proletariat, sprechen wir von **Klassenjustiz**. Es ist wer weiß wie oft von Rednern der Sozialdemokratie betont und am Sonnabend auch von dem Nationalliberalen Dr. Schiffer anerkannt worden, daß dieser Vorwurf keineswegs eine bewußte Parteilichkeit der Richter bedeutet, vielmehr die viel wichtigere Tatsache ausdrückt, daß bei der Organisation unserer Justiz und bei der Auswahl des Richterpersonals eine andre als eben diese Klassenjustiz gar nicht denkbar ist.

Genosse Dr. Cohn, der in der Generaldebatte des Justizetats als erster Redner das Wort nahm, begründete die Anklage mit schwerwiegendem Beweismaterial. Die Rechtsprechung gegenüber Streikenden in Fällen der sogenannten Belästigung oder Bedrohung der sogenannten Arbeitswilligen lieferte ihm zahlreiche und äußerst wirksame Beweismittel, und das auch ohne die von der äußersten Reaktion gewünschte Ausnahmevorsorge des bestehenden Rechts mit besonderer Schärfe angewandt wird, sobald es sich um Arbeiter handelt, ist in der Tat der deutlichste Nachweis, der für das Vorhandensein der Klassenjustiz erbracht werden kann. Gerade in dieser Richtung war die Rede des Genossen Dr. Cohn äußerst ergiebig. Er zeigte, mit welchem Reichtum an Phantasie und willkürlicher Interpretation alle möglichen Paragraphen des Strafgesetzbuchs herhalten müssen, während auf der andern Seite gegenüber Angehörigen der besitzenden Klasse die zärtlichste Milde allzuhäufig ist. Eine Fülle von Einzelfällen, die in ihrer Gesamtheit eben mehr sind als nur eine beliebige Säufung beliebiger Details, bildeten die unwiderleglichen Belege. Redner erörterte auch bei dieser Gelegenheit die hilflose Unterstützung, die die Justiz bei den Organen der Polizei findet, und er führte als außerordentlich wirksames Muster eine Aufforderung zur **Dofspizelei** aus der Feder Friedrich Wilhelms 4. von Preußen an. Dieses Argument war so kräftig und zugleich so einleuchtend, daß nicht einmal der amtierende Vizepräsident, der allzeit zu Ordnungsrufen bereite Herr Dr. Paasche, das geringste zu sagen wußte, und daß späterhin auch der Staatssekretär des Reichsjustizamts sich mit einem sehr schwachmütigen Bedauern über eine allerdings respektlose Aufsehung begnügte.

Wo so viel einzelne Fälle, deren Zahl noch beliebig vermehrt werden könnte, zugunsten einer bestimmten Behauptung sprechen, kann die Ausrede nichts nützen, als ob die Häufung für das Gesamtbild nichts beweise. Trotzdem war das der einzige Einwand, der vom Regierungstisch und von den bürgerlichen Parteien vorgebracht werden konnte. Der Zentrumsmann Dr. Belzer hatte natürlich die Pflicht zu sagen, daß die Angriffe „zu weit gehen“, und namentlich der Nationalliberale Schiffer bemühte sich um den Nachweis, daß man eben doch nicht von einer Klassenjustiz sprechen könne. Aber so geschieht auch in der Form und in der Anordnung seiner Beweisgründe der nationalliberale Redner seine richterlichen Standesgenossen und die Rechtspflege verteidigte, gegen die Tatsache der unbefreitbaren Klassenjustiz und gegen die klaren Folgerungen unsers Redners konnte er nicht aufkommen. Auch mit der besten Taktik läßt sich eine schlechte Sache nicht verteidigen, wobei ganz davon abgesehen werden kann, daß Schiffer zuweilen darauf verzichtete, gewandt zu bleiben.

In der Debatte wurden noch eine Reihe Einzelfragen der Gesetzgebung von den Rednern aus dem Haus und von dem Staatssekretär Dr. Visco besprochen, namentlich die der Neuordnung der Gebühren für Sachverständige und Zeugen und die Einführung der Diäten für Schöffen und Geschworne.

### Schlagen und vertragen!

Der Geschäftsführende Ausschuss der nationalliberalen Partei veröffentlicht eine Erklärung, wonach sich die beiden nationalliberalen Kampfhähne Geheimrat Ludwig und Abgeordneter Schiffer wieder vertragen wollen. Herr Ludwig wird ausdrücklich bestätigt, daß sein Vorgehen nur von dem Wunsche eingegeben war, dem Wohle der Partei zu dienen, und daß ihm besonders ein Angriff auf den Abgeordneten Wasserhahn völlig ferngelegen habe. — Wie lange die Einigkeit dauert, läßt sich allerdings nicht sagen, um so weniger, als heute mehr denn je zersetzende Tendenzen innerhalb der nationalliberalen Partei zum Ausdruck gelangen.

So flüchtet sich z. B. der antisemitische Journalist Fritz Stephan Neumann, der als Antisemit einige Zeit hindurch die Zeitung der „Nationalliberalen Korrespondenz“ in Händen hatte, in die freikonserватiven „Berliner Neuesten Nachrichten“, um dort den unaufhaltbaren Niedergang der nationalliberalen Partei zu prophezeien. Seiner Ansicht nach steht die Gesamtpartei unter dem Druck des linken Flügels, wodurch eine Verstimmung der gebildeten Oberstufen in drohender Nähe gerückt ist. Wenn überdies nicht alles täuscht, dann wird bei der Prüfung der Wahl des Reichsverbändlers Doktor Becker im Reichstag sich der klaffende Widerspruch deutlich zeigen, der in der nationalliberalen Reichstagsfraktion ohne jeden Zweifel vorhanden ist. Für die ganze politische Rechnung sind die Nationalliberalen jedenfalls ein höchst unsicherer Faktor geworden.

### Nationalliberale Landtagswahltaktik.

Die „Nationalliberale Korrespondenz“ berichtet über eine nationalliberale Notablenversammlung, die sich mit der Taktik für die Landtagswahlen beschäftigt hat:

Die preussischen Mitglieder des Zentralvorstandes der nationalliberalen Partei sowie die Landtagsabgeordneten und die preussischen Mitglieder der Reichstagsfraktion traten heute (8. Februar) im Abgeordnetenhaus zu einer Besprechung über die Vorbereitungen zur bevorstehenden Landtagswahl zusammen. Die Berichte, die von den einzelnen Landesorganisationen erstattet wurden, ergaben, daß die Vorbereitungen sich überall im Fluss befinden. **Abmachungen**, so wie sie bereits vorliegen, fanden **hauptsächlich die Billigung** der Versammlung. Als besonders wünschenswert wurde bezeichnet, daß durch gegenseitige Verständigung nach Möglichkeit jede Zersplitterung der Kräfte der liberalen Parteien vermieden wird. Die **Abmachungen mit andern Parteien im einzelnen wurden den Landesorganisationen überlassen**. Die Versammlung beschloß, spätestens 4 Wochen vor den Wahlen einen preussischen Parteitag nach Hannover zu berufen.

Dieser Beschluß zeigt deutlich, daß die Nationalliberalen trotz allem allgemeinen Gerede von der Zusammenfassung der liberalen Kräfte es sich nicht nehmen lassen wollen, in den einzelnen Landesteilen mit Konserwativen und Zentrum Wahlgeschäfte zu machen. So wird durch den Beschluß der Zentralvorstandespreußen u. a. auch das mit den Konserwativen in Schleswig-Holstein geschlossene Abkommen gebilligt und ähnlichen Vereinbarungen auch in andern Provinzen und Wahlkreisen die Bahn freigegeben. Die Fortschrittspartei aber läuft diesen Nationalliberalen nach und versichert dabei, nur die Sozialdemokratie trage Schuld, wenn es nicht gelinge, die reaktionäre Landtagsmehrheit zu brechen.

### Führmanns-Schnfucht.

Die „Nationalistische Reichs-Korrespondenz“ des Herrn Führmann liefert in ihrer Ausgabe vom 7. Februar wieder einige Scheite Holz zu dem Scheiterhaufen, auf dem die Arbeiterbewegung vernichtet werden soll. Augenverderbend bemerkt die Korrespondenz zwar, mit aller Entschiedenheit müßte sie sich gegen den Entwurf wenden, als bedeute ein Verbot des Streikpostenstehens einen Eingriff in die Koalitionsfreiheit; an dieses zu lästern, werde heute gewiß niemand einfallen. — um dann mit dem großen „Aber“ fortzufahren: „Aber wie der Begriff der Freiheit jeden Zwang ausschließt, so ist es gerade vom liberalen Standpunkt aus wohl verständlich, wenn man untersucht, ob nicht die heute üblichen Formen in Werkstatt und Haus eine gewalttätige Bedrohung der Willensfreiheit Arbeitswilliger darstellt, die Koalitionsfreiheit in den Koalitionszwang verkehrt haben.“

Und nun wird ein Lamento angeschlagen darüber, daß die Frage des Streikpostenverbots im Reichstag so unbefriedigend ausgefallen ist: „In einer solchen Debatte müßte die Reichsregierung die Führung haben. Statt dessen sahen wir ein ängstliches Zurückweichen, ein zauderndes Abwarten, ein kaltes Vertrösten. Ob hiermit, abgesehen von den großen in Frage stehenden gewerblichen und Arbeiterinteressen den Reichsinteressen gebient ist, das will uns sehr zweifelhaft erscheinen.“

In einem weiteren, ergänzenden Artikel dieser Nummer wird über Boykott, Sabotage und Fabrikstrikane geschrieben und es werden auch hier, wenn auch verdeckt, gezielte Abwehrmaßnahmen verlangt, indem es heißt: „Hier ist eine Wunde, in die der Finger gelegt werden muß. . . . Unter solchen Methoden des wirtschaftlichen Kampfes leidet die Industrie, leidet das Wirtschaftsleben überhaupt; aber tiefer und innerlicher ist der Schaden, den der gesamte Volkkörper durch die damit verbundene systematische Zerstörung der inneren Werte erleidet.“

Konervative und Nationalliberale sind sich einig im Kampfe gegen die Arbeiterbewegung; mögen auch die Arbeiter so einig sein! —

### Angst auch vor Reichsstempelsteuern!

Der bekannte Schwerinsche Vorschlag, die alte Puppe der preussischen Stempelsteuern neu anzuziehen und sie als funkelneue Reichsbesitzsteuer auf den Geschenktisch des Volkes zu legen, findet nicht einmal bei den Konservativen ungeteilten Beifall. Man würde sich jedoch schwer täuschen, wenn man etwa annehmen wollte, die innere Unwahrhaftigkeit und Unmoral dieses Planes sei es, die solche Gegnerschaft im konservativen Lager hervorrufe. Das Gegenteil ist der Fall. Man betrachtet dort den Schwerinschen Vorschlag als viel zu weitgehend, man will dem Reich und dem Reichstag nicht einmal die Stempelsteuern überlassen, weil man fürchtet, sie könnten zum Schaden der reichen Leute, insbesondere der Großgrundbesitzer erhöht werden.

So veröffentlicht die „Kreuzzeitung“ einen Artikel, der der Befürchtung Ausdruck gibt, der Jagdstempel könnte durch den Reichstag erhöht werden. Ja noch mehr:

Selbstrechte des Staatsoberhauptes können durch hohe Steuern auf die Verleihung von Titeln, Orden und Ehrenzeichen unangenehm gemacht werden. Ehedertage, Erbverträge, Kauf- und Leihverträge, Leihrentenverträge, Viehbranchenbestellungen, Pacht- und Mietverträge, Schuldschreibungen, Verfügungen von Todes wegen, Versicherungsverträge, Vollmachten jeder Art usw. sind jetzt mit Wertstempeln von etwa 1/2 bis 2 b. S. oder mit festen Beträgen von 50 Bfg. bis 50 Mark belegt. Aber eine Festsetzung dieser Stempelpflicht unter einseitiger Rücksichtnahme auf Volksgunst und Klassenwünsche könnte die Ueberweisung der Stempelsteuer auf das Reich fast noch bedenklicher erscheinen lassen als die Einführung einer Reichseinkommensteuer und auf manchen Gebieten bis an die Grenze der Enteignung führen.

Ganz im gleichen Sinn äußert sich die „Deutsche Tageszeitung“:

Das Reich würde dazu schreiten müssen, teils die bestehenden Stempelsteuern zu erhöhen, teils neue zu schaffen. Wer dabei besonders bluten müßte, läßt sich ohne weiteres aus der jetzigen Zusammenfassung des Reichstags erkennen.

Schließlich wird mitgeteilt, daß sich die Konservativen im Reichstag mit der Sache noch nicht befaßt hätten. Also im Prinzip sind die Junker einig, daß sie nicht zahlen wollen. Aber die Methode, nach der das zuwege gebracht werden soll, ist noch immer strittig. —

### Die Feinde der Staatsautorität.

Die badische Regierung, die sich schon in der offiziellen „Staatsruher Zeitung“ gegen die Angriffe der Junker im preussischen Dreiklassenhaus zur Wehr setzte, läßt jetzt auch in der „Süddeutschen Reichs-Korrespondenz“ einen Artikel zum gleichen Thema erscheinen, in dem es heißt:

Es hat in Baden das lehrhafteste Beispielen erzeugt, daß ein Teil der konservativen beziehungsweise freikonservativen Presse Preussens, und zwar davon die „Kreuzzeitung“, die badische Regierung systematisch seit Jahren in einer Weise angreift, die nicht anders als lebensgefährlich und überaus bedrohlich bezeichnet werden muß. Jene Artikel erscheinen dann sowohl in den badischen Zentralblättern, die unter dem Einfluß des Geistlichen Rats Theodor Becker stehen, wie in dem konservativen Organ Süddeutschlands, der „Staatsruher Zeitung“, und tragen so nicht wenig zur Schwärzung, ja Vergiftung des politischen Lebens bei. Das allerhöchste an diesen Artikeln war der Umstand, daß sie ohne Rücksicht auf die Grundzüge der konservativen Partei die Staatsautorität im leidenschaftlichsten Tone herabzusetzen versuchten. Nichtsstellungen und Zurücksetzungen, wie sie oft genug in dem badischen Regierungsjournal und auch in der letzten Reichsversammlung durch den leitenden Minister selbst erfolgten, wurden von der „Kreuzzeitung“ und ihrer Gefolgschaft entweder mit Hohn und Spott überhöhet oder ignoriert. Selbverständlich wurde auch einmal eine Auslegung der „Staatsruher Zeitung“ in ihr Gegenteil verkehrt und dazu auf Grund dieser objektiven Fälle die Regierung der badischen Regierung von einem einen Stand zu bringen.

In Preußen besteht es den Junkern, sich als die hehreren Güter der Staatsautorität aufzuspielen, denn hier vertreten sie die „Staatsautorität“ durch ihre eignen schätzenswerten Persönlichkeiten. Wenn aber jetzt eine süddeutsche Regierung ihnen den Vorwurf macht, sie setzten die Staatsautorität herab, so wird diese Bemerkung vielleicht auch in manchem Reichsamt mit einem stillen Nicken des Kopfes begrüßt werden.

Was schließlich die Fälschungen der Junkerpresse betrifft, so ist dies ein Kapitel, dessen Inhalt der Sozialdemokratie nur allzu gut bekannt ist. —

### Das französische Herrenhaus.

Vierzehn Monate trennen uns noch von den Neuwahlen zur französischen Deputiertenkammer. Noch vor den letzten Wahlen war die Wahlreform bereits in der Deputiertenkammer in erster Lesung durchberaten worden. Kaum gewählt, machte sich die Kammer sofort wieder an die Arbeit. Es ist zweifellos ein ehrendes Zeugnis für unsere Partei, daß die beiden Berichterstatter der Reform in der vorhergehenden wie in dieser Legislaturperiode unermüdet entnommen wurden. Trotz aller Obstruktion der Wahlreformfeinde, trotz des Verrats zahlreicher Radikaler, die als Proportionalisten gewählt worden waren, kam die Wahlreform zum Abschluß. Seit neun Monaten ruht sie nun im Senat, abgemurrt von einer Kommission, der Herr Clémenceau präsidiert und zugleich ängstlich vor einer sehr gefährlichen Aufstellung bewacht.

Wenn die Kommission, die der Senat zur Beratung der Wahlreform gewählt hat, sich wohl sehr eilig, solange sie unter sich ist, sie fürchtet jedoch, daß die von ihr abgelehnte Reform nicht stärker sei als die ihr feindliche Senatsmehrheit. Bei der Wahl der Kommission ergab sich wohl, daß von 270 Senatoren 160 gegen 110 Senatoren der Wahlreform feindlich gegenüberstehen, aber was bedeutet das? Einer „Partei“ Regierung gegenüber, wird ein gutes Drittel Antiproportionalisten umfassen. Die Senatoren werden gewählt von den Gemeinde- und Generalräten. Jedes Ordensbandchen, jede Staatssubvention, jede Garnisonverlegung und so weiter bedeuten für eine Senatswahl soundso viele Stimmen. Je nachdem ob sich eine Regierung den Empfehlungen und Wünschen eines Senators empfänglich oder zugetuht zeigt, werden die Aussichten seiner Wahl steigen oder fallen. Man wird also den tiefen Sinn der Frage verstehen, die ein Senator an Herrn Briand richtete: „Ob die Regierung im Interesse der Auflösung der Republikaner den Senatoren bei der ersten Beratung nicht freie Hand lassen wolle und erst bei einer eventuellen zweiten Beratung die Vertrauensfrage stellen werde?“ — Herr Briand berichtigte mit tieferer Stimme, daß der Vorschlag interessant sei und er sich ihn überlegen werde.

Interessant ist der Vorschlag allerdings, weil er die ganze subtile Taktik der Hinterzünge und Ausflüchte der Antiproportionalisten bloßlegt. Trotz ihrer Feindschaft gegen jede Reform, hat die Kommission schließlich nicht anders gekonnt als eine „Reform“ auszuarbeiten. Freilich ist sie auch danach, Weber im Senat noch in der Kammer wird sie je eine Mehrheit finden, die dem Umfange ihrer Zustimmung gibt. Es besteht in einer Listenswahl mit Wahlkreisen von höchstens fünf Abgeordneten, bei der im ersten Wahlgang die absolute, in der Stichwahl die relative Mehrheit entscheidet. Also eine „Reform“, die die Schattenseiten der drei Systeme — Listenswahl, Proportionalwahl und Einermahl — harmonisch vereinigt, unter Ausschluß ihrer respektiven Vorzüge. Freilich ist dieses System nicht ausgearbeitet worden, um zur Anwendung zu kommen, sondern um die Annahme jeder Wahlreform zu verhindern, oder doch wenigstens für die nächste Wahl zu verhindern. Denn während sich die ehrenden aussehenden Senatoren den Anschein geben, als beschäftigt sie sich mit der Wahlreform — vergeht die Zeit. Neun Monate sind schon verstrichen. Bis zu den großen Ferien sind noch fünf Monate. Bis dahin sollen aber außer dem Budget noch eine Reihe Gesetze erliegen: die Reform der Militärgerichtsbarkeit, das Pulvergesetz, das Kadergesetz, die immer noch nicht beratene Reform der Einkommensteuer usw. Bei der durchschnittlich zweijährigen Arbeitszeit, die sich die inaktiven Politiker des Senats täglich auferlegen, kann man leicht voraussehen, wieviel Zeit zur Wahlreform übrigbleiben wird.

Wenn also die fünf Monate verstreichen, ohne daß das Wahlgesetz der Kammer in annehmbarer Form zurückgeht, dann werden die nächsten Wahlen wieder unter dem alten Gesetz vorgenommen werden müssen. Denn wenn die Kammer Ende Oktober oder Anfang November zusammentreten wird, hat sie zunächst das Budget zu erledigen. Drei Monate vor der Wahl kann ein Wahlgesetz, das alle bisherigen Bedingungen unwirksam, nicht angenommen werden. Wäre also die Regierung den Senatoren bei der ersten Beratung „freie Hand“, dann hoffen die Antiproportionalisten auf ein für die Kammer unannehmbares Wahlgesetz. Es wird dann nicht nur eine löbliche Zeit verstrichen, sondern auch der „Beweis“ erbracht sein, daß die „republikanische Mehrheit“ von der Proportionalwahl nichts wissen will. Folglich wird man die Regierung auffordern, die Proportionalwahl aufzugeben.

Herr Briand war so offen, der klémenceauschen Kommission zu erklären, daß er nicht mit ihr in Unterhandlungen eintreten könne. Denn der beiderseitige Standpunkt sei zu weit abgehend, sondern nur den Wunsch ausdrückte, daß der Kommissionsbericht rechtzeitig genug fertiggestellt werde, damit der Senat noch vor Ablauf dieses Monats die Beratung beginnen könne. Das ist ihm auch versprochen worden. Von solchen Versprechungen ist freilich nicht viel zu halten. Die Situation hat sich aber so zugestiegen, daß die Kommission wohl nicht anders können wird, als ihr Versprechen zu halten. Und kann werden wir ja bald sehen, ob Herr Briand vor lauter „Geschäftlichkeit“ die Reform von den alten Herren wird verhungern lassen, oder ob diese sich vor der unabweisbaren Tatsache beugen werden. Denn daß die Proportionalisten nichts zu fürchten haben, falls auch die jetzige Wahl nach dem bisherigen System vorgenommen wird, darüber sind sich auch die befeindlichen Wahlreformfeinde klar. Meist Herr Briand seiner geringen Erklärung in der Senatskommission treu, daß er für alle wesentlichen Bestimmungen des Wahlreformprojekts eintritt, dann werden sich die Antiproportionalisten dem Unannehmlichen beugen müssen. Falls jedoch Herr Briand um — dann wird mit ihm keineswegs die Reform fallen. Jr.

## Der Balkankrieg.

### Das letzte Aufgebot.

Genosse Karbus schreibt uns aus Konstantinopel: Ganz anders wie im Anfang des Krieges, da die türkischen Offiziere überzeugt waren, daß sie mit den bulgarischen „Viehweibern“ leicht fertig werden und ihnen einen Denkkittel für lange hinaus erteilen werden, ist jetzt das Verhalten der türkischen Armeeleitung äußerst vorsichtig geworden, während die bulgarische Generalität einen gewöhnlichen Eigendünkel und Uebermut zur Schau trägt. Aber die Drabanten des Generals Samow dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Stimmung in den Massen der verbündeten Armeen jetzt eine wesentlich andre sein muß als im Anfang des Krieges. Abgesehen schon davon, daß die Leute durch die vielen Schlachten, Strapazen, Entbehrungen, Krankheiten müde gemacht worden sind, ist ja kein nationales Ziel mehr da, das man den Massen vorzulegen könnte: denn Ragabonien ist ja bereits „befreit“. Es ist kein Ziel mehr da, das den Volksmassen ein-

leuchtend und begehrenswert erscheinen kann. Die Kämpfe nur noch, weil sie dem Kommando folgen müssen. Der Geist der Armee, den man in den Friedenzeiten vollständig ignoriert, hat sich in den Kriegeszeiten letzten Zeit schärfer geltend gemacht als je zuvor. Darum ist wichtig, bei den nunmehr sich wieder entfaltenden Kriegsoperationen diesen Stimmungswandel als einen strategischen Faktor mit in Betracht zu ziehen. Was die türkische Armee anbetrifft, so ist man sich hier nunmehr der einen Tatsache jedenfalls wohl bewußt: daß man jetzt den letzten Kampf kämpft, daß die Existenzfrage des Reiches und das Schicksal der türkischen Nationalität auf dem Spiele stehen.

Es macht sich in den muslimantischen Kreisen Konstantinopels wie der Provinz eine große patriotische Opferfreudigkeit geltend. Das von den Jungtürken gebildete „Komitee der nationalen Verteidigung“ hat starken Anklang gefunden. Von überall her laufen Spenden ein und melden sich Freiwillige. Ist auch der materielle Effekt an und für sich unbedeutend, da es dem Staat nicht an Soldaten, sondern an Geld mangelte, und Geld haben die türkischen Massen selber nicht, so ist die Bewegung doch ein wichtiges Symptom der Stimmung, die in den muslimantischen Volkskreisen herrscht, woraus wir wiederum einen Einblick in den Geist der Armee gewinnen, der von der Volksstimmung nicht weit divergieren kann.

Die Geldfrage freilich ist und bleibt der schwächste Punkt der türkischen Kriegsführung. Es ist kein Geld da. Von den 3 Millionen türkischen Pfund, die angeblich die deutsche Bankgruppe als Vorschuß der türkischen Regierung bereitstellte, sollten 2 Millionen überhaupt zur Tilgung bereits ausgegebener Schatzscheine verwandt werden. Es verlautete mit Bestimmtheit, daß von dem Reste 500 000 Pfund bereits ausgezahlt wurden; dann wurde die Summe auf 100 000 Pfund reduziert. Wie dem auch sei, Tatsache ist, daß die Gehälter der Beamten noch immer unausgezahlt bleiben. Es heißt jetzt, die Regierung wolle für 5 Millionen türkische Pfund neue Schatzscheine ausgeben. Das wäre leicht gemacht, ob aber auch diese Schatzscheine Abnahme finden, ob die Handelswelt sie gelten läßt, das ist eine andre Frage. Die Situation ist um so kritischer, als das Kabinett Piamil-Pascha alberne Maschinen mit Scheidemünzen — Nickel und Silber — angestellt hatte.

Man hat enorme Quantitäten Nickelmünzen auf den Markt geworfen. Infolgedessen entstand ein Agio für Gold. Die Konstantinopler Bankiers benutzen die Situation, um ein vorteilhaftes Geschäft mit der Provinz zu machen, indem sie dorthin, wo die Kurse noch die alten waren, große Mengen Nickelmünzen abschoben. Selbstverständlich mußte infolgedessen in der Provinz erst recht ein Kurssturz für Nickelmünzen eintreten. Die türkische Goldmünze, die früher 100 Piaster in Nickel galt, stieg infolgedessen bis auf 170 Piaster. An einzelnen Orten, wie z. B. in Jerusalem, entstand eine wahre Panik. Die Geschäftsleute wollten überhaupt keine Nickelmünzen mehr annehmen. In den Läden, selbst auf dem Markte nahm man gern Briefmarken in Zahlung, besonders österreichische und deutsche, doch keine Nickelmünzen. Die Behörden erließen nun eine Verordnung, wonach jeder verpflichtet sein soll, Nickelmünzen in Zahlung zu nehmen. Das hat die Situation, wie nicht anders zu erwarten war, noch verschlimmert. Die Kaufleute weigerten sich nun überhaupt zu verkaufen und schlossen ihre Magazine. Selbst die Wäckerläden wurden geschlossen. Die Regierung ließ zwangsweise Brot backen, da Hungerrevolten drohten.

Dieser Sturz des Nickels zog auch einen Sturz des Silbers nach sich. Zudem wird verbreitet, daß die Regierung auch aufviel Silbergeld ausgegeben habe. Es heißt, daß, um das Publikum zu hintergehen, die Regierung die neuen Silbermünzen in Deutschland prägen lassen, von wo sie dann nach Konstantinopel gebracht wurden.

Es will mir scheinen, daß in dieser Unruhe, die den Geldmarkt erfasst hat, auch eine planmäßige Agitation gewisser Bankinstitute steckt. Es ist unter solchen Umständen jedenfalls sehr fraglich, ob die von der Regierung geplante Emission der Schatzscheine den erwarteten Erfolg haben würde.

Die Situation ist kritisch. Die Türkei setzt viel auf die Karte. Aber was war anders zu machen? Es gilt die letzte Anstrengung, um das Türkreich zu halten! —

### Letzte Meldungen.

Be. Konstantinopel, 10. Februar. Nach einem offiziellen Communiqué dauern die Scharrmüchel fort. Bei der türkischen Armee an der Tschatalbachtallinie ist keine Veränderung eingetreten. Die türkische Infanterie sowie die Kavallerie gingen auf der linken Flanke zum Angriff gegen den Feind vor. Auf Gallipoli fanden zwischen den bei Vnlare befindlichen osmanischen Truppen und dem bei Camllo stehenden Feinde Zusammenstöße statt, die indessen nicht dazu angetan waren, die Lage zu verändern. Die Beschießung Adrianopels dauert seit 4 Tagen an. Die Festung setzt sehr energisch Widerstand entgegen. Die Gerüchte über die Schließung der Dardanellen werden amtlich als falsch bezeichnet. Ein bulgarischer Aeroplan überflog gestern Adrianopel, wurde aber durch das Feuer, das die Türken auf ihn erbrachten, zur Rückkehr gezwungen. Wie der „Idam“ behauptet, sind die kürzlich aufgegebenen Stellungen bei Katalow von den Türken nach heftigem Kampfe wieder zurückgewonnen worden. Der Feind wurde unter großen Verlusten abgeschlagen. —

Be. Konstantinopel, 10. Februar. Die Kriegsverwaltung requirierte einen großen Teil der Dampfer, die den Verkehr nach dem Bosphorus versehen. Der Verkehr wird dadurch stark behindert. —

Be. Konstantinopel, 10. Februar. Wie der „Tanin“ meldet, sollen türkische Piloter erklärt haben, daß die Bulgaren sich an sehr vielen Stellen von der Tschatalbachtallinie seit mehreren Tagen zurückgezogen hätten. Um ihren Rückzug zu maskieren und die Türken zu täuschen, hätten sie an verschiedenen Stellen Strohpuppen mit Gewehren aufgestellt und ebenso Köpfe ausgelegt, damit diese von den Türken für Geschützrohre gehalten werden sollten. —

Be. Paris, 10. Februar. Der „Matin“ meldet um 1 Uhr nachts aus Philippopol: Die türkischen Truppen an der Tschatalbachtallinie haben gestern verhandelt. Die

**Bulgarianische Position zu durchbrechen, um die Armees des Generals Komarow zwischen zwei Feuer zu nehmen. Trotz der Unterstützung durch die türkische Flotte ist dieser Plan aber nicht gelungen. Ein dreitägiger Frontangriff der Türken wurde unter beträchtlichen Verlusten zurückgeschlagen.**

**Be. Konstantinopel, 10. Februar.** Gestern wurden die bulgarischen Besatzungen an der Küste des Marmarameers bei Silivri von zwei türkischen Schiffschiffen beschossen. Die türkische Kanallerie ist bis nach Angora vorgedrungen, während starke türkische Kanonenbesatzungen bei Adrianopel die Landung von Nachschub nach die bulgarischen Vorkosten bis nach Ganos zurückwarfen.

**Ab. Konstantinopel, 10. Februar.** Der türkische Botschafter in London hat privatim beim Staatssekretär Grey vorgeprochen, um die Vermittlung der Mächte zur Einstellung der Feindseligkeiten zu erbitten. Grey habe erwidert, daß die Fortsetzung dieses Schritts in amtlicher Weise machen müsse.

**Pc. Konstantinopel, 10. Februar.** In Istanbul haben die türkischen Buchhändler in ihren Läden Bilder ausgestellt, die europäischen Illustrationen entnommen sind, und die die durch die Herr der Balkanstaaten an Muslimen verübten Gräueltaten zeigen. Zahlreiches Publikum umfließt von morgens bis abends diese eigenartige Ausstellung, die die Erregung noch vermehrt.

## Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 10. Februar 1913.

### Der preussische Handelsminister und die Krankentassenangelegenheiten.

Der Verband der Bureauangestellten hatte, da die Behörden vielfach in rigoroser Weise die Schließung selbst größerer Ortskrankentassen betreiben, wegen des Schadens der dadurch existenzlos werden können, dem preussischen Handelsminister Vorstellungen erhoben. Das Resultat ist folgender vom 15. Januar 1913 datierter und jetzt veröffentlichter Erlaß des Ministers an die Regierungspräsidenten:

„Nach § 303 RVO. in Verbindung mit Artikel 92 des Einfuhrungsgesetzes zur RVO. erndigt das Vertragsverhältnis zwischen den Krankentassen und den Angestellten spätestens 12 Monate nach Mitteilung des Beschäftigten des Oberverwaltungsamtes über die Auflösung oder Schließung einer Krankentasse, frühestens im Augenblick der Schließung oder Auflösung. Da infolge der Errichtung allgemeiner Ortskrankentassen und Krankentassen zahlreich Krankentassen sich auflösen werden oder geschlossen werden müssen, so ist in den Kreisen der Kassenangehörigen die Befürchtung laut geworden, daß bei dieser Gelegenheit zahlreiche Angestellte brotlos werden könnten, weil im Gegensatz zu § 290 RVO. die neue Klasse eine Verpfichtung zur Uebernahme der Beamten nicht habe.“

Im Hinblick auf die Vorschrift des Artikels 93 a. a. O., wonach die Versicherungsträger geeignete Anstellte, die infolge der Neuordnung der Krankentassen entbehrlich werden, bei Uebernahme von Hilfskräften möglichst berücksichtigen sollen, ist diese Befürchtung zwar nicht begründet, immerhin wollen Sie die Versicherungsämter auf diese Vorschrift aufmerksam machen und anweisen, in geeigneter Form auf die demnach zu wählenden Vorstände der neuen Krankentassen einzuwirken, daß sie Beamte, die für die Verwendung bei der neuen Kassenverwaltung in jeder Beziehung geeignet erscheinen, weiter verwenden. Insbesondere würde es nicht der Billigkeit entsprechen, wenn bei dieser Gelegenheit alte verdiente Beamte entlassen würden in dem Bestreben, durch Einstellung junger Arbeitskräfte die Verwaltungsstellen zu ermäßigen.“

Dieser Erlaß steht in merkwürdigem Gegensatz zu den Tiraden bei der Beratung der Reichsversicherungsordnung im Reichstag über die sozialdemokratische Führerpolitik und wird wohl geeignet sein, manches Hindernis für die Zusammenlegung von Kassen zu beseitigen.

**Nathan der Weise** gelangt am Sonntag nachmittag zu kleinen Preisen im Stadttheater zur Aufführung. Karten hierzu sind im Arbeitersekretariat und in der Buchhandlung Volksstimme zu haben. Regier Besuch ist zu empfehlen.

**Die 6. Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung** findet am Donnerstag dieser Woche nachmittags 4 Uhr statt. Der öffentliche Teil umfaßt diesmal nur sieben Tagesordnungspunkte, darunter die Haushaltpläne der Armenverwaltung, des Schlachthofes und des neuen Hofes und der Handelskassen und Schulen, der Friedhofverwaltung und des städtischen Grundbesitzes. Zuerst wird die Wahl eines unbefohlenen Stadtrats an Stelle des verstorbenen Stadtrats Maßbach vorgenommen werden.

**Die Adolf-Menzel-Ausstellung** (Brandenburger Straße 9) ist von jetzt an allen Wochentagen von 9 bis 3 Uhr unentgeltlich zu besichtigen. Es wird sich voraussichtlich für Magdeburg nie wieder die Gelegenheit finden, so viele Zeichnungen und Aquarelle (152 Nummern) des großen Meisters der Zeichnung besichtigen zu sehen. Kataloge für 10 Pf. sind am Eingang erhältlich.

**Schnittmuster** von den Modellen unsers heutigen Modewerchs sind von der Moden-Redaktion, Berlin W 15, Kaiserallee 215, gegen vorherige Einsendung von 35 Pf. für jedes Muster zu beziehen.

**Deutscher Holzarbeiter-Verband, Verwaltungsstelle** Magdeburg. Um über die in Berlin geführten Verhandlungen und die gefällten Schiedsprüche in unser Vertragsverneuerung zu beschließen, berufen wir zum Mittwoch dieser Woche, abends 8 1/2 Uhr, eine außerordentliche Generalversammlung nach dem „Sachsenhof“, Große Storchstraße 7. Näheres im heutigen Inerat. Die Verwaltung.

**Arbeiterjugend.** Die Sudenburger haben am Mittwochabend eine Zusammenkunft Georgenplatz 10. Treffpunkt um 8 Uhr am Eisellerplatz. — Für die Neue Neustädter findet am Mittwoch im „Weißen Hirsq“ eine Versammlung statt. Keiner darf fehlen.

**Klagen der Staatsbahnarbeiter.** Anstatt die Lage der Staatsbahnarbeiter zu verbessern, scheint die Betriebsverwaltung fortgesetzt darauf zu setzen, daß auf dem Gebiete der Sozialreform keine Fortschritte mehr gemacht werden. Heute sind es die Arbeiter des Nebenmagazins, die sich mit Recht über Verschlechterungen bei der Arbeitszeitteilung beschwerten. Bisher hatte diese Abteilung 14 Tage Tagesdienst, 8 Tage Nachtdienst und 2 volle Ruhetage in jedem Monat. Die Beschäftigten vom Tag zum Nachtdienst und umgekehrt galten nicht als Ruhetage. Neuerdings ist verfügt worden, daß die Beschäftigten als Ruhetage gelten und infolgedessen nur noch ein voller Ruhetag gewährt wird. Wer nun in einem Monat zweimal in den Nachtdienst kommt, erhält überhaupt keinen Ruhetag mehr. So macht man bei der Staatsbahn eine Sozialreform. Ist der Unmut bei den Arbeitern im genannten Ressort schon diesjährig nicht klein, so wird er noch gesteigert durch die Behandlung, die den Arbeitern durch den Materialverwalter E., einen ehemaligen Feldwebel, zuteil wird.

**Zusammenstoß bei der Straßenbahn.** Am Sonnabend abend um 5 Uhr stieß in der Rogauer Straße ein Straßenbahnwagen der Linie 5 gegen ein plötzlich auf dem Gleise etwa 3 Meter von Straßenbahnwagen entfernt haltendes Privatauto, das anscheinend in die dort befindlichen Radelwerke einfahren wollte. Der Straßenbahnwagen wie das Auto wurden erheblich beschädigt. Am Sonntag mittag gegen 1 1/2 Uhr fuhr ein Einajswagen der Linie 4, der von der Spiegelbrücke kam,

vor dem städtischen Rathaus einen von der Friedrichstraße kommenden Wagen der Linie 3 in die Flanke. Beide Wagen wurden beschädigt und mußten außer Betrieb gesetzt werden. Personen wurden nicht verletzt.

**Von der Sparkasse.** Die Einlagen der hiesigen Sparkasse werden durch Beschluß der städtischen Behörden vom 1. April 1913 an mit 2 1/2 Prozent verzinst. Die Verzinsung ist eine Wille.

**Von Wasser der Elbe.** Am Montag mittag zeigte der Pegel einen Wasserstand von 11,5 Metern. Der Hochstand dürfte im Laufe des Montag und Dienstag mit etwa 12,20 Metern eintreten. Da von den oberen Flüssen wieder häufiger Fall gemeldet wird, wird die Hochwasserwelle schnell vorübergehen.

**Der Streik der Fensterputzer bei der Firma Jenlin u. Co.** dauert noch unabgeändert fort. Aus dem Bureau des Transportarbeiterverbandes wird uns dazu geschrieben: Die Firma beschuldigt es mit allerlei Elementen, ganz gleich, ob sie zu gebrauchen sind oder nicht. Die Firma beschäftigt einen „Ruher“, welcher vor mehreren Jahren wegen Fahrad Diebstahls zu mehreren Monaten Gefängnis verurteilt wurde. Ein zweiter „Ruher“ erschien am 7. Februar im Bureau des Transportarbeiterverbandes und war so voller Ungeziefer, daß selbst eine hiesige Gerberge seine Aufnahme für die Nacht verweigerte. Schließlich fand er Aufnahme im Obdachlosen-Asyl. Und dieser Mensch wurde von der Firma Jenlin u. Co. damit beschäftigt, die Schaufensterscheiben des Haupteingangs eines großen Manufakturwarengeschäfts am Breiten Weg zu putzen. Das ist bei der Firma Jenlin u. Co. Erziehung für die ausländischen zehn Ruher, deren Verbrechen es ist, Mitglieder des Transportarbeiterverbandes zu sein, um für ihre Tätigkeit den wirtschaftlichen Verhältnissen entsprechende Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erstreben. Bis heute hat die Firma Jenlin u. Co. auch nicht einen einzigen „wirklichen Fensterputzer“ trotz ihrer kampfhaften Bemühungen bekommen können. Die Firma läßt Arbeiter in ihren Wohnungen aufsuchen und möchte selbst „Institutsinhaber“ heranzulassen, Putzarbeiten zu übernehmen, was aber abgelehnt wurde. Sogar die wegen Arbeitsmangels entlassenen Ruher wurden zum Wiedereintritt bei der Firma aufgefordert. Mit welchen Mitteln die Firma die Beseitigung der Arbeiter bekämpft, beweist folgender Vorgang: Am 29. Januar erklärten sich sämtliche Ruher mit einer beschriebenen Lohnzulage zufrieden. Mit Datum vom 30. Januar berief die Firma an ihre Kundschaft Zirkulare, worin sie neben anderen Unrichtigkeiten mitteilt, daß sie durch den Transportarbeiterverband in eine Zwangslage versetzt sei, da ein Streik ausbrechen werde. Ob sich die Kundschaft die jegliche Beibehaltung auf die Dauer gefallen läßt, daran kann man Zweifel hegen.

**Hausbesitzer unter sich.** Am 10. April 1912 hielt der Allgemeine Hausbesitzerverein für Magdeburg und Vororte in der „Reichstrone“ eine Versammlung ab. An ihr beteiligte sich auch der Polizeireferat August Bertram von hier als Sprecher und machte auf angebliche Mißstände in der Verwaltung aufmerksam, er hob aber auch Vorwürfe gegen den Baumeister Loeper, der Vorsitzender des Vereins war. Da diese nach der Ansicht der Gegenpartei völlig grundlos waren, kritisierte der Privatmann Wilhelm Rügner hier das Verhalten des Redners und sagte zu ihm: „Sie sind ein großer Stänker!“ Bertram fühlte sich dadurch beleidigt und stellte Privatklage gegen Rügner an, wurde damit aber vom Schöffengericht am 10. Oktober 1912 abgewiesen, da dem Beklagten der Schutz des § 193 des StGB. zugebilligt wurde. Der Privatkläger legte dagegen Berufung ein und der Beklagte behauptete in der Verhandlung, er habe zu Bertram nur gepochert, wenn er die ewigen Stänkereien nicht unterlasse, dann müsse er gemäßigter, hinausgeworfen zu werden. Er habe nur im Interesse des Vereins gesprochen, eine Beleidigung habe ihm ferngelegen. Mehrere Zeugen bestritten dagegen, der Beklagte habe zum Privatkläger gepochert: „Sie sind ein großer Stänker“, während im Protokollbuch des Vereins geschrieben steht, Rügner habe zu Bertram gesagt, wenn er die Stänkereien nicht unterlasse, so müsse er die Folgen tragen. Die Berufungskammer hob das Urteil auf und verurteilte den Angeklagten Rügner wegen Beleidigung zu 30 Mark Geldstrafe eventuell 6 Tagen Gefängnis.

**Kein Mord!** Am 3. d. M. wurde in Waldbrogäsen, Kreis Jerichow 1, die unverschämte Anna J. aus Hohenzitz auf dem Boden ihrer Dienstherrschaft erhängt aufgefunden. Die sofort vorgenommenen Ermittlungen ergaben als Todesursache Selbstmord. Trotzdem wurden am Orte und in den umliegenden Dörfern Stimmen laut, wonach das Mädchen nicht freiwillig aus dem Leben geschieden sei, sondern daß fremde Personen die Schuld an seinem Tode hätten. Infolgedessen wurden noch einmal von sachverständiger Seite Ermittlungen angestellt, die nicht die geringsten Beweise für die Richtigkeit der behauptungen ergeben haben, sondern es muß als bestimmt angenommen werden, daß das Mädchen infolge einer plötzlich aufgetretenen seelischen Depression selbst Hand an sich gelegt hat.

**Unfall durch einen Verlobungsring.** Die Arbeiterin Elise Böhlecke, Hemmige Straße 9 wohnhaft, blieb am Montag früh in der Hauswäldischen Fabrik mit dem Verlobungsring an einer Dreiflinte hängen und schritt sich zwei Glieder vom Ringfinger der linken Hand glatt ab. Nach Anlegung eines Notverbandes wurde die Verunglückte in die Krankenanstalt Altstadt eingeliefert.

**Unglücksfall.** Der Schmied Franz Odor aus Groß-Ottersleben verletzete sich am Montag morgen in der Maschinenfabrik Budau das linke Fußgelenk beim Transportieren eines Kesselbodens. Der Verunglückte fand in der Krankenanstalt Sudenburg Aufnahme.

**Gestohlen** wurden hier: in der Zeit vom 6. bis 8. aus einem verschlossenen Keller in der Kühleweinstraße 10 Flaschen Rot- und Weißwein (eine Flasche Ungarwein ist von den Dieben aus- und eine Flasche Sekt angestrichen worden); am 7. gegen 12 Uhr nachts in einem Tanzlokal in der Stephansbrücke eine rotbraune Handtasche, enthaltend: ein grünes Klappportemonnaie mit 3 Mark, einen Nickelkammer und einen Hausstüchschlüssel; in der Nacht zum 8. aus einem verschlossenen Keller, der sich in einer Gartenparzelle hinter der Webershäuser Straße befindet, 43 Lauben (gegeterte, Gitter, Eulen, geputzte und Weißschwänze); am 8. nachmittags gegen 3 1/2 Uhr vor der Hauptpost ein Fahrrad „Frischlauf“ (Fabriknummer 370256) mit schwarzem Rahmen, schwarzen Felgen, Freilauf mit Klapptrittbremse und etwas nach unten gehogener Lenkstange; abends gegen 8 1/2 Uhr aus einem verschlossenen Keller in der Friesenstraße mittels Einbruchs sieben Flaschen mit eingetrockneten Heidelbeeren (sechs weitere Keller sind gleichfalls aufgebrochen, aus diesen aber nichts gestohlen); in der Nacht zum 9. in einem verschlossenen Laden der Kaiserstraße unter erschwerten Umständen aus der unverschlossenen Kontrollkassette 20 Mark Wechselgeld, ferner für 9,50 Mark blaue und für 5 Mark rote Marken des Rabatt-Parvereins. In dem hinter dem Laden befindlichen Kontor ist ein Pult aufgebrochen. Ob aus diesem etwas gestohlen ist, muß erst festgestellt werden.

**Anflug am Feuermelder.** Am Sonnabend nachmittag gegen 5 Uhr wurde der Feuermelder Langer Weg 57 gezogen, worauf der Löschzug 2 nach dort ausrückte. Es stellte sich heraus, daß Kinder an dem Apparat gespielt und so die Alarmierung veranlaßt hatten.

### Konzerte, Theater, Sport etc.

**Stadttheater.** In der Dienstag stattfindenden Aufführung von „Martha“ gastiert Fräulein Milli Jascha vom Stadttheater in Luzern in der Partie der Lady auf Engagement. Zu dieser Vorstellung haben Schillerstarke Gäste. Zur Feier von Richard Wagners Todesstag findet am Donnerstag eine Aufführung von des Meisters großer Oper „Tristan und Isolde“ statt. Die Partie des Tristan singt Kammergesänger Oskar Holz vom Stadttheater in Hamburg. Für Freitag den 14. d. M. ist die Premiere der Sudermanischen Schauspielschule „Der gute Ruf“ angefügt und am Sonnabend beginnt Herr Kammergesänger Wilhelm Gerold sein auf drei Abende berechnetes Gastspiel in „Carmen“.

**Wilhelm-Theater.** Das nächste Benefizkonzert am Montag ist für die beliebte Solistin Josef Suttrodt. Zur Aufführung kommt zum erstenmal: Die Millionenbraut, Operetten-Revue in drei Akten von Jean Ren und Kurt Kraus, Musik von Johannes Döhrer.

**Centraltheater.** Der gegenwärtige Spielplan kann als ein wahres Musterprogramm bezeichnet werden. Die hauptsächlichsten Gebiete der Spezialtänztunst sind durch erste Kräfte vertreten. So die Ballett- und die Humor durch den amerikanischen Fernmelker Jarrow, Akrobatik und Gymnastik durch das Duo Trio, Scamp & Scamp und die Saiten-Trio, die Musik durch Luigi Dell'Orto und Lotta Krasavina, die Dressur durch Fredrick Wären, der Gefangnis-Humor durch Walter Röhmann und die Tanzkunst durch Kitty Sinclair mit ihren fünf Gevirmen.

**Fürstentum-Theater.** Das historische Ausstattungsspiel in vier Akten „Königin Luise und Kaiser Napoleon“ erzielte am Sonntag und Montag vor gänzlich ausverkauftem Hause einen glänzenden Erfolg. „Königin Luise und Napoleon I.“ gelangt allabendlich, 8,20 zur Aufführung. Vorzugstakten gelten und die Preise sind nicht erhöht.

## Letzte Nachrichten.

### Neue Revolution in Mexiko.

**Mexiko, 10. Februar.** Eine Armee-Revolution ist hier ausgebrochen. Die Truppen haben den Nationalpalast und die wichtigsten öffentlichen Gebäude besetzt und patrouillieren in den Straßen. Gustavo Madero, ein Verwandter des Präsidenten, wurde zum Gefangenen gemacht.

**Ab. Mexiko, 10. Februar.** Später gingen die Artillerie und der größte Teil der Truppen zu Diaz über, der Herr der Lage zu sein scheint. Diaz ist der Neffe des früheren Präsidenten. Nach weiteren Telegrammen halten der Präsident Madero und die Kabinettsminister sich noch im Nationalpalast, um den sich die blutigsten Kämpfe abspielten. Unter den Bewunderern befindet sich auch der Kriegsminister General Gregorio Ruiz. Zwei Hauptleute und drei Leutnants sind im Coastguard-Palast tödlich verwundet worden. Nach anderer Meldung wurden sie von ihren eigenen Soldaten getötet, weil sie versuchten, diese von der Vereinigung mit den anständigen abzuhalten. Diaz hat Arcones erst nach heftigem Widerstand eingenommen. Auch aus andern Orten werden Revolutions-Aufstände gemeldet.

**Ab. New York, 10. Februar.** Nach einer Debatte aus Mexiko von gestern nachmittag 1 Uhr beherrscht Felix Diaz tatsächlich die Lage, nachdem die Artillerie und die Mehrzahl der Truppen zu ihm übergegangen sind. Diaz und seine Anhänger haben das Arsenal eingenommen. Die Regierungstruppen leisteten einige Zeit Widerstand; dann gingen die Bureaus und die berittene Polizei zu Diaz über. General Bernardo Reyes ist im Kampf gefallen.

**Ab. New York, 10. Februar.** Nach einem Telegramm des „New York Herald“ aus Mexiko war am späten Nachmittag die Ruhe wieder hergestellt. Nach einer Meldung des selben Blattes aus Washington trifft die Regierung der Vereinigten Staaten Vorbereitungen zur Entsendung von Kriegsschiffen nach Mexiko.

**Ab. Mexiko, 10. Februar.** (Eigener Drahtbericht der „Volksstimme“.) Felix Diaz, der am Sonntag noch ein zum Tode verurteilter politischer Verberrcher war, ist jetzt tatsächlich Herr von Mexiko. Er besetzte drei bis vier Waffenarsenale und Pulverfabriken. Präsident Madero wurde am Sonntag bis 10 Uhr abends im Nationalpalast besaßert, um welche Zeit er mit den Ministern flüchtete. Seine Familie rettete sich in die japanische Botschaft. Diaz hat ihm ein Ultimatum gestellt, nach welchem der Nationalpalast in die Luft gesprengt werden solle, falls Madero sich nicht ergeben werde. In der Sonntagnacht sollen 250 Menschen getötet und viele hundert verwundet worden sein.

**Altenburg, 10. Februar.** Der neugewählte Landtag setzt sich nach dem vorliegenden Endergebnis wie folgt zusammen: 14 Abgeordnete des Bundes der Landwirte, sieben Sozialdemokraten, drei Fortschrittliche Volkspartei, drei Reichspartei, zwei Nationalliberale, ein Parteiloser, ein Rechtsliberaler, ein Freikonserwativer. — Die Sozialdemokraten behaupteten ihre sieben Sitze während die Fortschrittliche Volkspartei einen Sitz von den Nationalliberalen eroberte.

**Ab. Paris, 10. Februar.** Nach einer Meldung aus Gernach haben die ausländischen Winger gestern abend entgegen ihrer ursprünglichen Absicht beschlossen, die Arbeit zur Zeit und schichtweise wieder aufzunehmen, wobei die arbeitenden Schichten sich verpflichten müssen, einen Teil des Lohnes an die Streiklasse abzuführen.

**Ab. Paris, 10. Februar.** In der vergangenen Nacht hat die Polizei in dem ehemaligen Redaktionsbureau des Blattes „Anarchie“ den 19jährigen Tischler Woffel festgenommen, bei dem ein Revolver und 30 Patronen sowie zahlreiche anarchistische Schriften gefunden wurden. (Sollte das nicht wieder eine polizeiliche „Anarchie“ sein?)

**Ab. Paris, 10. Februar.** Eine Anzahl bretonischer Fischer hat dem Kolonialminister den Plan vorgelegt, an der Küste von Mauritanien die Sardinenfischerei im großen zu betreiben. Der Minister hat den Fischern mitteilen lassen, daß er für diesen Zweck alle erforderlichen Erleichterungen gewähren und besonders die nötigen Baulichkeiten zur Verfügung stellen werde.

### Wettervorhersage.

Dienstag, 11. Februar: Zeitweilig heiter, trocken, kühler als mittl.

### Aus dem Geschäftsverlehr.

**Matrapas**  
Mein Favorit  
**Sulima Cigarette**  
2-5 Pfg

# J. Lublin 3

ganz besonders billige Tage für  
Moderne Handarbeiten!

Montag

Dienstag

Mittwoch

- Ein Posten Nachttischdecken in Raffelstoff oder Dowlas, mit Längseite Wert bis 45 Stück **18**
- Ein Posten Bettfaschen Dowlas verschiedene Muster Wert bis 65 Stück **15**
- Ein Posten Quadrate weiß Webtragezeichnung Stück **18**

- Ein Posten Paradehandtücher Dowlas mit à jour Wert bis 85 Stück **42**
- Ein Posten Paradehandtücher in Leinen und Perustoff, Kreuz- u. Stiefisch Wert bis 1.25 Stück **68**
- Ein Posten Wandschoner Dowlas mit breitem, fern. Rand Wert bis 95 Stück **50**

- Ein Posten Serviertischdecken Dowlas, mit Hohlraum Wert bis 1.50 Stück **50**
- Ein Posten Tablettdecken Dowlas, mit Hohlraum, extra groß, 47x65 Stück **25**
- Ein Posten Millieus Leinen Wert bis 2.50 Stück **75**

**Ausserordentlich preiswert!**

- Posten Bettwandschoner gestreifter Stoff, mit breitem, farbigem Rand Wert bis 2.35 Stück **1.75**
- Posten Bettwandschoner Kibestoff 72x125 groß, Kreuzfisch Stück **75**
- Posten Bettwandschoner Kibestoff 70x150 groß, Kreuz- u. Stiefisch Stück **1.10**
- Post. fert. gest. Bettwandschoner Kida u. Leinen Wert bis 6.50 Stück **3.50**

**Ausserordentlich preiswert**

- Posten Millieus grau Leinen, mit Hohlraum, Größe 60x60 Stück **58**
- Posten Tischläufer grau Leinen, mit Hohlraum Stück **85**
- Posten Tischläufer mit Hohlraum ob. Spitze od. à jour Wert bis 180 Stück **1.10**
- Posten Tischläufer Elanleinen, moderne Zeichnungen, Madeira oder Schlupfenfisch Wert bis 1.25 Stück **68**

**Sternblumen-Genre**  
grau, mit Hohlraum, leichte Schlupfenfisch-Arbeit

- Quadrate Größe 28x28, geschnitten Stück **12**
- Decke Größe 35x35 Stück **33**
- Decke Größe 60x60 Stück **65**
- Läufer Größe 35x138 Stück **98**
- Nächtischdecke Größe 50x100 Stück **98**
- Kommodendecke Größe 60x120 Stück **1.35**
- Kissen mit Rückwand Stück **60**
- Serviertischdecke Stück **1.10**
- Büfettdecke Stück **1.75**
- Kaffeemütze 4teilig Stück **72**

- Ein Posten Kissen mit Rückwand, mode u. grau Stück **38**
- Ein Posten Kissen mit Rückwand, moderne Zeichnungen, mit und ohne Franse Wert bis 75 Stück **45**
- Ein Posten Kissen mit Rückwand u. Franse, verschiedene Stoffe Wert bis 1.10 Stück **63**
- Ein Posten Kissen Leinen, in mod. Farben, mit Rückwand Wert bis 1.45 Stück **78**

- Ein Posten Ruchendecken verschiedene Größen und Stoffe Wert bis 1.45 Stück **58**
- Ein Posten Küchenhandtücher mit eingewebter Franse Wert bis 1.20 Stück **68**
- Ein Posten Küchenhandtücher verschiedene Stoffe Wert bis 1.35 Stück **75**
- Ein Posten Besentücher Satin Augusta Stück **95**

**Rosetten-Genre**  
creme Glamine, mit Hohlraum, leichte Spannfisch-Arbeit

- Decke Größe 35x35 Stück **30**
- Decke Größe 60x60 Stück **80**
- Decke Größe 75x75 Stück **1.25**
- Läufer Stück **1.15**
- Nächtischdecke Größe 50x100 Stück **1.25**
- Kommodendecke Größe 60x120 Stück **1.65**
- Büfettdecke Stück **2.25**
- Wandschoner Stück **1.00**
- Serviertischdecke Stück **1.00**
- Kaffeemütze Stück **95**
- Kaffeedecke Größe 160x160 Stück **4.90**
- Kissen mit Rückwand, Größe 45x55 Stück **78**

**1 Posten Kellim-Kissen**  
hochgezogen, mit Material, Fuß, Franse u. Goldborde grau, Rückwand Wert bis 8.50 Stück **4.25**

**1 Posten Küchen-Garnituren**  
Satin Augusta, garniert oder gestreifter Stoff, 9teilig Wert bis 9.50 Garnitur **6.50**

- Ein Posten angefangene Decken Durchbrucharbeit, grau Leinen Stück **2.25**
- Ein Posten fertige Kissen Durchbruch, grau Leinen Stück **2.75**

- Ein Posten Ruchenkante mit geeigneter Längseite Wert 12 Meter **7**
- Ein Posten Ruchenkante mit fertiger Längseite Wert 38 Meter **18**
- Ein Posten gehükelte Spitze verschiedene Muster und Farben Wert Meter bis 55 Meter **33**
- Ein Posten Besentücher verschiedene Stoffe Wert bis 1.95 Stück **1.35**

Ein Posten **Damentaschen**  
Stoff oder Seidenstoffe  
Wert Stück bis 12.00 **300**

Ein Posten Tischdecken grau oder weiß, Größe 160x160, Wert 7.50, Stück **4.25**

Ein Posten Tablett-Decken  
Gr. 40x60 40x50 34x46 30x40 24x36 20x30  
Stück 70 50 48 42 32 24  
Größe 17x24 Stück **18** Pf.

- Ein Posten Deckenstoff 150 bis 170 cm breit Wert **1.25**

- Ein Posten Klammerschürzen Satin Augusta oder Nickerleinen, reich garniert Wert bis 1.10 Stück **68**

- Echt Madeira-Hemdenpassen handgefäht  
Serie 2 Wert bis 2.10 **1.45** Serie 1 Wert bis 1.45 **95**

- Ein Posten handgeklöppelte Kissen-Ecken verschiedene Größen und Muster  
Serie 3 Wert bis 1.45 **85** Serie 2 Wert bis 1.10 **65** Serie 1 Wert bis 70 **48**

- Ein Posten handgeklöppelte Kissen-Einsätze mit Eden oder Quadraten  
Serie 2 **2.10** Serie 1 **1.30**

# 1. Beilage zur Volksstimme.

Mr. 35.

Magdeburg, Dienstag den 11. Februar 1913.

24. Jahrgang.

## Deutscher Reichstag.

107. Sitzung.  
Berlin, 8. Februar, vorm. 11 Uhr.

Am Bundesratsitz: Dr. Visco.  
Vor Eintritt in die Tagesordnung nimmt das Wort zu einer Erklärung Abg. Dr. Hertel (kons.): Meine Ausführungen in der Sitzung vom 16. Januar über die Stellung des Reichsfinanziers und des Staatssekretärs des Innern zur Bekämpfung der Sozialdemokratie sind dahin aufgefaßt worden, daß ich dem Reichsfinanzminister und dem Staatssekretär des Innern Mangel an persönlichem Mut vorgeworfen hätte. In meiner Absicht hat das nicht gelegen. Weiden Herren habe ich eine entsprechende Erklärung zugleich mit meinem Bedauern über das Mißverständnis abgegeben, und stelle das hiermit öffentlich fest. (Gr. Heiterkeit.)

### Etat des Reichsjustizamts.

Die allgemeine Beratung setzt ein beim Titel Staatssekretär. Hierzu liegt eine Resolution Wasseremann (natl.) vor, die dem Staat und dem Reich sowie den Gemeinden bei allen Zwangsversteigerungen von Grundstücken ein kurzbefristetes Vorkaufsrecht einräumt, sowie eine Resolution Dr. Belzer (Str.), die einen Gesetzentwurf über den Zwangsvergleich außerhalb des Konkurses wünscht.

### Abg. Dr. Cohn (Soz.):

Meine Freunde werden den Titel „Staatssekretär“ nicht bemitleiden, nicht etwa, weil wir gegen die Person des gegenwärtigen Staatssekretärs Erhebliches einzuwenden hätten, sondern das entspricht unserer Stellung zur heutigen Gesellschaftsordnung und Regierung. Ueber den außergerichtlichen und Zwangsvergleich beabsichtige ich ebenfalls nicht zu reden; wenn die Regierung eine entsprechende Vorlage einbringen will, werden meine Freunde sie wohlwollend prüfen. In der Tat kann ja dadurch die infamierende Wirkung, die jeder Bankrott hat, gemildert werden. Viel wichtiger aber ist ein anderer Gegenstand, der auch mit einem gerichtlichen Bankrott zusammenhängt, ich meine die Gesetgebung der Klassenjustiz, die einen Bankrott unserer Justiz nach der Meinung vieler Volkskreise darstellt. Die konterbaiten Parteien versuchen ja, die Erscheinung der Klassenjustiz überhaupt aus der Welt zu reden, und in diesem Bestreben vereinigen sich mit ihr sogar Arbeitervertreter der christlichen Gewerkschaften. Das Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften verlangt neue oder doch zum mindesten schärfere Anwendung der bestehenden Bestimmungen gegenüber dem Terrorismus. (Hört, hört! b. d. Soz.) Graf Westarp hat hier geteilt das Loblied des braven Arbeiters gesungen, der vom bösen Sozialdemokraten gehindert werde, seine gesetzliche und ethische Pflicht, um seine Familie zu ernähren, zu erfüllen. Die wahre Natur dieser nützlichen Elemente, der Arbeitwilligen, ist doch etwas anders, und in zahlreichen Gerichtsverfahren ist festgestellt worden, mit was für einer Sorte von Menschen man es bei diesen Arbeitwilligen zu tun hat, die heute hier und morgen da das „behörlich geschickte Amt“ eines Arbeitwilligen versehen. (Sehr gut! b. d. Soz.)

Nur ein Beispiel. In einem der vielen Prozesse anläßlich des Bergarbeiterstreiks im Ruhrgebiet stellte sich heraus, daß eins dieser nützlichen Siebenmonatskinder zunächst mit 4 Jahren Zuchthaus wegen schweren Diebstahls vorbestraft war, dann mit 2 Jahren 6 Wochen Zuchthaus wegen Drohung und Beleidigung, dann wieder mit 1 Jahre Zuchthaus, und so folgten noch eine Reihe schwerer Strafen. In einem Falle haben diese „nützlichen, ordentlichen Arbeiter“ in Lübeck ein Verbrechen begangen, und bei der Verhandlung äußerte einer der Beteiligten seelenruhig: „Lübecker Blut ist doch keine Buttermilch.“ Die Vermittlung von Streikbrechern ist heute ein Geschäft, wie jedes andre, es ist ein moderner Menschenhandel. Die Arbeitwilligen selbst stecken einen Lohn ein, der meist über das weit hinausgeht, was ehrliche, anständige Arbeiter bekommen. Außerdem genießen sie strafrechtliche Privilegien, einen besondern Schutz der Staatsanwaltschaft, der sogar über den hoher Beamten hinausgeht. Im Ruhrrevier bekam von derselben Kammer ein Arbeiter wegen Beleidigung des Regierungspräsidenten 50 Mark Geldstrafe, ein anderer wegen Beleidigung von Arbeitwilligen 10 Tage Gefängnis. (Hört, hört! b. d. Soz.) Wenn die Konterbaiten und die christliche Gewerkschaftspropaganda der Meinung sind, daß das bestehende Recht gegen den sogenannten Streikterrorismus nicht ausreichend angewandt werde, so lehrt die tägliche Erfahrung nicht nur bei großen Arbeitskämpfen, sondern bei den kleinsten Streikperzonen schlagend das Gegenteil. Das ist gerade ein Hauptbestandteil der Klassenjustiz, daß das bestehende Recht besonders scharf angewandt wird, sobald es sich um Arbeiter handelt. Das hat auch ein Blatt wie die „Soziale Praxis“ des Professors Kramke bestätigt. Für das Wort „Streikbrecher“ hat sich ein Normalmaß zur Bestrafung herausgebildet, das offenbar unter dem Einfluß der

### Exercerien von scharfmacherischer Seite

im Laufe der Zeit in die Höhe gegangen ist. Während es vor 15 Jahren 1 Woche Gefängnis, vor 8 bis 10 Jahren 14 Tage Gefängnis betrug, ist das jetzige Normalmaß 4 Wochen Gefängnis, und beim Ruhrrevierprozeß erhöhte es sich auf 6 Wochen bis 2 Monate. (Hört, hört! b. d. Soz.) Bei Beleidigungen von Arbeitwilligen ist im Gegenzug zu anderen Beleidigungen für die Staatsanwaltschaft stets das öffentliche Interesse gegeben. Bei einem Streik, der bei einer Groß-Berliner Kartonfabrik ausbrach, wies eine Arbeiterin den Vorwurf, daß sie Streikarbeit gemacht habe, zurück und erwähnte dabei, daß vielleicht eine andre im Hause wohnende Frau die betreffende Streikarbeit gemacht habe. Diese Versicherung wurde der andern Frau hinterbracht, sie stellte Strafantrag wegen Beleidigung, und der Staatsanwalt erhob die Anklage im öffentlichen Interesse. (Hört, hört! b. d. Soz.) Im Ruhrrevier wurde Anklage erhoben gegen einen Bergmann, weil er in einer Zeit geipfen habe in Anwesenheit von Arbeitwilligen, daß es wie Blut geklungen habe. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Gegen einen weiteren Bergmann, weil er das Lied „Deutschland, Deutschland über alles“ in Gegenwart von Arbeitwilligen gesungen hatte. Man muß aus diesen und ähnlichen Vorkommnissen zu dem Schlusse kommen, daß die Justiz nicht so von dem Bestreben ausgeht, den Sachverhalt klarzustellen und die Zurechnung von Schuld und Sühne gerecht zu befehlen, als von ihr an sich ganz fernliegenden Erwägungen im Interesse der Staatshoheit und Staatsraison. Im Ruhrrevier entschuldigte sich ein Staatsanwalt gegen den Vorwurf der ungenügenden Vorbereitung der Anklage damit, die Staatsanwaltschaft habe bei diesem Streikprozeß im Ruhrrevier 5 Jahre 6 Wochen zu erfüllen gehabt. (Hört, hört! b. d. Soz.) Die besondere Verschleppung sei notwendig gewesen, um das moralische Gewissen der Streikenden zu stärken.

Ein besonderes Kapitel ist die Anwendung des Erpressungsparagraphen auf die Auseinandersetzungen zwischen Organisierten und Nichtorganisierten. Es ist einer solchen Auslegungslust gelungen, gegenüber christlichen Arbeitern, die ihrem Verband Mitglieder zuführen wollten, die Kollegen auf die Pflicht zur Organisation aufmerksam zu machen, den Erpressungsparagraphen zur Anwendung zu bringen. Seitdem das Reichsgericht damit den Anfang gemacht hat, gehen

die untern Gerichte prompt mit. Dieses Einschwenken der untern Instanzen kennzeichnet die außerordentlich militärische Stellung unserer Beamten. (Sehr gut! b. d. Soz.) Die Tatsache, daß ein paar Maurer nicht mit einem andern zusammenarbeiten wollten, der früher wegen großer Beitragschulden gestrichen war, dann versprochen hatte, wieder beizutreten, aber dies Versprechen nicht hielt und an den Delegierten der Organisation die bekannte Auforderung des Götts von Vertreibungen richtete, genügte dem Richter in Nordhausen, zwei Maurer wegen versuchter und vollendeter Erpressung zu 2 Monaten Gefängnis zu verurteilen. (Hört, hört!) Es wurde angenommen, daß es sich nur darum gehandelt habe, dem Verband einen rechtswidrigen Vermögensvorbehalt, nämlich durch Führung der Beiträge, zu verschaffen. Besonders interessant ist, daß die Anklage in diesem Falle vertrieben wurde von einem Staatsanwalt, der als Hauptagitor des nationalen Arbeitsvereins mit dem Verlangen nach erhöhtem Arbeitswilligen und Bekämpfung der Sozialdemokratie im ganzen Wahlkreis umherzieht. Man wird es dem Nordhäuser angeklagten Arbeitern nachfühlen, wenn sie zu einem Gerichtshof nicht übermäßiges Vertrauen haben, dessen Mitglieder zum erheblichen Teil ebenfalls diesem nationalen Arbeitsverein angehören. Die Volkskreise werden immer zahlreicher, die angeht den derartiger Ereignisse der Justiz den Glauben an die unbefugte ungleiche Behandlung von Arbeitwilligen und „Streikterroristen“, von Angehörigen der höheren und niederen Klasse, verlieren.

Wie es in den Köpfen derartiger Richter aussieht, hat Helmut von Gerlach in den Erinnerungen aus seiner Referendardzeit sehr treffend dargelegt. Er erzählt da, wie ein Amtsrichter auf die Frage, ob er auf dieselbe Strafe erkennen würde, wenn er hintereinander die gleiche Tat von Arbeitern und von Studenten, Zerstörung vom Eigentum im Kauf und Mißhandlung, zu beurteilen hätte, erwidert hat: Das würde ich selbstverständlich nicht tun, denn in einem Falle handelt es sich doch um einen übermütigen Streich überhäufender Jugendling und in dem andern um den Ausfluß angeborener Rohheit ungebildeter Elemente. (Sehr gut! b. d. Soz.) Das ist wohl 25 Jahre her, aber die tägliche Erfahrung lehrt uns, daß derartige Auffassungen zwar in den Urteilsgründen nicht mit derselben Klarheit und Brutalität ausgesprochen, aber jedenfalls von den Richtern gehegt werden. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Das beweist der Fall aus neuester Zeit wieder, wo in Erlangen zwei Studenten, die einen Arbeiter auf roheste mißhandelt hatten, von dem Schöffengericht zu 40 und 50 Mark Geldstrafe verurteilt wurden, während unmittelbar darauf dieselbe Gericht einen Arbeiter, der nachts auf der Straße einem Studenten einen Stockhieb versetzt hatte, auf 3 Monate ins Gefängnis schickte. (Hört, hört! b. d. Soz.) Diese

### Ungleichheit in der Rechtssprechung

tritt auch hervor, wenn es sich um Angeklagte von besonderem Stande oder besonders privilegierte Beamte handelt. Ein Amtsrichter in Jümenau nannte einen Angeklagten den frechtsten verlogenen Gauner von Jümenau, der keinen Anspruch auf Glaubwürdigkeit habe. Wegen Beleidigung deshalb verurteilt, wurde er freigesprochen, das Gericht war der Meinung, ein Richter dürfe sich so ausdrücken. Ein Schankwirt gab, wegen Übertretung der Polizeistunde angeklagt, an, er habe die Gäste aufgefordert, das Lokal zu verlassen und sogar einen Schutzmann heringeholt, um sie hinauszuführen. Aus Besehen war ein anderer Schutzmann geladen, und der Richter erklärte den Einwand des Angeklagten als ganz unerschämte freche Lüge. In der zweiten Instanz stellte sich die unerschämte freche Lüge als Wahrheit heraus und der Angeklagte wurde freigesprochen. Er stellte nun Strafantrag gegen den Richter, aber Staatsanwalt und Oberstaatsanwalt lehnten ein Einschreiten ab. Bei einem Streite, den ein Richter mit der Chemnitzer „Volksstimme“ hatte und der zur Privatklage gegen den Redakteur führte, erklärte das Gericht ganz offen, wir müssen auch auf den Stand des Privatklägers Rücksicht nehmen. (Hört, hört! b. d. Soz.)

Ich erinnere auch an den noch immer unerledigten Fall des Fürsten Eulenburg, dem es immer und immer wieder gelingt, milde Richter und Staatsanwälte zu der Auffassung zu bringen, daß er den Aufregungen einer Schwurgerichtsverhandlung nicht gewachsen sei. Uebrigens wird mir mitgeteilt, daß seine Krankheit ihn nicht hindert, noch immer Amtsvorsteher und als solcher auch Chef der Sittenpolizei zu sein. (Große Heiterkeit.) Zu welchen komischen Sprachverrenkungen diese Sucht

### hoch und niedrig Verschieden zu behandeln,

führt, hat ein Konfessionsrat bewiesen, der in einer Sache verschiedene Zeugen zu vernehmen hatte. An einen Arbeiter schrieb er: „Ich habe Sie als Zeuge zu vernehmen, Sie haben sich da und dort eingekauft.“ Für den Fall des Richterseiens werden Sie mit 30 Mark Strafe belegt.“ An einen Kassenrentanten schrieb er: „Ich muß Sie als Zeuge vernehmen, wollen Sie sich bitte rufen.“ von den 30 Mark Strafe ist nicht mehr die Rede. Dann hatte er auch einen Landrat zu laden, und an diesen schrieb er: „Ich bin beauftragt, Sie als Zeuge zu vernehmen. Würden Sie die Güte haben, eine Zeit zu bestimmen, die Ihnen jagt, am besten in meiner Wohnung.“ (Heiterkeit.) Endlich mußte er auch einen Regierungspräsidenten laden. Man sieht förmlich die geschlossenen Gaden, mit denen er das Schreiben diktiert hat, wenn man liest: „Euer Hochwohlgeboren bin ich beauftragt, als Zeuge zu vernehmen. Würden Sie die Güte haben, eine Zeit zu bestimmen, in der ich Sie in Ihrer Wohnung in Potsdam aufsuchen kann?“ (Große Heiterkeit.) Besonders auffallend ist die Rücksichtnahme der Justiz auf die Staatsraison auf dem Gebiete der Beamteneinleidigungen. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Die Justiz fühlt sich offenbar als Teil der ganzen Staatsverwaltung und glaubt, die Verpflichtung zu haben, auf Wahrung der Staatsautorität zu halten, auch wenn sie im kleinsten Giede in der Person irgendeines Schutzmanns angegriffen wird. Solche Erwägungen haben aber natürlich mit den eigentlichen Aufgaben der Rechtssprechung nichts zu tun.

In Butzen (Ober-Schlesien) hatte eine Frau einen Sergeanten beschuldigt, er hätte sie, als er dienstlich in ihrer Wohnung war, vergewaltigt wollen. Beweis eine schwere Beleidigung, aber die Frau bewies vor Gericht selbst durch ihr Benehmen, daß sie hochgradig hysterisch war, und trotzdem wurde sie auf 2 Jahre ins Gefängnis geschickt. (Hört, hört! b. d. Soz.) Das Unternehmertum mit andern in Frage gemessen werden als Arbeiter, ist für diese Klassenjustiz selbstverständlich. In Hamburg wurde von demselben Gericht gegenüber Unternehmern, die den Mitgliedern ihrer Organisation mit der Materialperre, dem Boykott in nachster Form gedroht hatten, ein Einschreiten vor der Staatsanwaltschaft abgelehnt, weil es sich lediglich um ein im wirtschaftlichen Kampf erlaubtes Mittel handle, Beamte des mit ihm im Streite liegenden Polzeiarbeiterverbandes, die über einen Betrieb die Sperre verhängt hatten, wurden zu 2 Wochen Gefängnis verurteilt. (Hört, hört! b. d. Soz.)

Neuerdings erleben wir eine Art Klassenjustiz in zweiter Potenz, eine direkte Parteienjustiz. Im letzten Wahlkampf hatte ein konservativer Rektor einem Böhmer den konservativen Stimmzettel mit den Worten ausgehändigt: „Du dummes Kalb, nimm diesen Zettel.“ Er wurde wegen Beleidigung verurteilt, und das Gericht sprach ihn frei, indem es der Motivierung des Staatsanwalts folgte, der Angeklagte habe aus edeln Motiven gehandelt. (Große Heiterkeit b. d. Soz.) Ich bin gespannt, wie die Herren, die hier immer vortragen, daß die Richter sich von rein objektiven

Erwägungen leiten lassen, diese Behauptung mit der neuesten Entwicklung unserer Justiz noch vereinbaren wollen.

Auf dem Gebiete des Strafvollzugs haben sich Beispiele ereignet, die uns die Schamröte ins Gesicht treiben müssen. Ich erinnere an den Beamten, der im Ruhrgebiet

### einen Säugling mit ins Gefängnis bringen

ließ — er hat sich nebenbei damit eine Freiheitsberaubung zuzufügen kommen lassen, die mit Zuchthaus zu bestrafen wäre. Im Ruhrrevier hat ja die Klassenjustiz überhaupt Drogen gefeiert. Die Untersuchungshaft ist systematisch ohne Ansehen des Falles aus nicht in der Sache liegenden Gründen angeordnet worden. Auch beim Moabit-Prozeß wurde sie über Jugendliche verhängt, was nur als sinnlose Barbarei zu bezeichnen ist. Die beste Motive dieses Prozesses war ja Frau Meinhard, die Petroleum-Lampenschlichterin. Wochenlang wurde sie in Untersuchungshaft gehalten, und in der Hauptverhandlung ergab sich, daß sie eine schwerranke, nicht verhandlungsfähige Frau war. Ihr Fall mußte abgetrennt werden und ist bis heute noch nicht erledigt. Er bietet ein Gegenstück zum Fall Eulenburg, nur will man hier nicht dem Angeklagten, sondern der Staatsanwaltschaft keine Ungelegenheiten bereiten. (Vizepräsident Dr. Paasche bittet den Redner, nicht auf einzelne Fälle, die der richterlichen Beurteilung unterliegen, einzugehen.) Ich füge mich, aber gerade deshalb brachte ich den Fall Meinhard vor, der eben nicht der richterlichen Beurteilung unterliegt. Auch der Fall Sattler ist der richterlichen Beurteilung unterzogen, denn Frau Sattler wurde in Moabit freigesprochen, sie war auf die Demargination eines ungenannt bleibenden Zeugen hin angeklagt und in Untersuchungshaft genommen worden. (Hört, hört!)

### Wie die Behörden sich in Streikfällen als Schutztruppe der Unternehmer

fühlen, ersehen Sie aus der Order für einen Insterburger Genbarman, die lautet: „Sie werden hiermit nach Rüstung zur Unterdrückung eines Streikes geseudet; Karabiner ist mitzubringen.“ (Hört, hört! b. d. Soz.) In Leipzig führten Kriminalbeamte, als Kutscher verkleidet, die Wagen einer bestreikten Firma. Damit kommen wir von der heimlichen zur unheimlichen Tätigkeit der Polizei, vom Spitzeltum zum Rüstspitzeltum. Herr Staatssekretär Delbrück hat im vorigen Jahr es hier für ausgeschlossen erklärt, daß ein preussischer Ressortchef Beamte, die schwere Verbrechen überführt sind, pflichtwidrig im Amte hält. Ich hatte derartiges nämlich vom preussischen Minister des Innern von Dallwitz behauptet. Zum Beweise führe ich den Kriminalkommissar Schoene an, der 1906 ein Faßgeplump aus den Beständen des Polizeipräsidiums entnahm, es mit einem falschen Namen verpackte und einem russischen Staatsangehörigen übergab, damit er nach Rußlandahre und dort spionierte. Trotz dieser schweren Urkundenfälschung war Kriminalkommissar Schoene noch Anfang dieses Jahres im Amte und hat den Notar Adlerorden 4. Klasse erhalten. Auch der Polizeiaffessor Hanisch in Essen, der die Mitgliederliste des Steigerverbandes sich durch Einbruch verschaffte und für 1900 Mark an den Verband weitergab, ist zwar disziplinarisch bestraft, aber im Amte geblieben. Doch, wie soll man die Diener loben, kommt doch das Vergernis von oben.“ König Friedrich Wilhelm 4. von Preußen hat in einem Brief an Monteviel auf den Polizeirat Stieber als die geeignete Persönlichkeit hingewiesen,

### eine Verschwörung aufzustiften,

um dem Publikum das lang entbehnte Schauspiel einer aufgedeckten und bestraften Verschwörung zu geben. Ein preussischer König war also Antiquar (Antiquar) einer der gemeinsten Rüstspitzeleien. (Lebhafte Zustimmung b. d. Soz., Unruhe rechts.) Durch solche immer wiederholte Tathandlungen müssen immer weitere Volkskreise das Vertrauen zur Rechtssprechung verlieren. Justitia fundamentum regnorum. (Die Gerechtigkeit ist das Fundament der Königreiche.) Aber dieses Fundament ist verschüttet, nur durch Länge und schwere Arbeit kann es wieder ausgegriben und zu Ehren gebracht werden. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Belzer (Str.): Die Angriffe des Vorredners gegen den Richterstand gehen zu weit. Ich muß gegen sie protestieren. (Bravo! rechts u. i. Str.) Redner fragt, wann die Neuordnung der Gebühren für Zeugen und Sachverständige zu erwarten ist, sowie das neue Spionagegesetz, und befürwortet die Zentrumsvorlesung auf Einbringung eines Entwurfs über gerichtlichen Zwangsvergleich außerhalb des Konkurses. Die harten Urteile in den Streikprozessen im Ruhrrevier sind sicher nicht Ausfluß einer Klassenjustiz, aber zweifellos können die Richter sich von den Einflüssen des Milieus nicht befreien. (Zuruf b. d. Soz.: Daraus entspringt ja die Klassenjustiz.) Ein Streikender wurde verurteilt, weil er einem Arbeitwilligen die mystifizierten Worte zugerufen hatte: „Out, out, wau wau, laß laß!“ (Gr. Heiterkeit.) Auch im Fall Eulenburg sollte doch alles geschähen, um den Prozeß rechtzeitig zur Verhandlung zu bringen.

Staatssekretär Dr. Visco: Im Dezember v. J. ist der Gesundheitszustand des Fürsten Eulenburg genau untersucht worden und hat die Verhandlungsunfähigkeit des Fürsten ergeben. Sobald eine Veränderung seines Gesundheitszustandes eintritt, wird eine erneute Verhandlung stattfinden. (Lachen b. d. Soz.) Amtsbortreter in Siebenberg ist Fürst Eulenburg nicht. Die Angriffe des Abgeordneten Dr. Cohn auf die Richter muß ich zurückweisen, das Volk hat Vertrauen zu den Richtern. (Zuruf b. d. Soz.: Na, na!) Die Ausdrücke des Herrn Abgeordneten Cohn über einen früheren Träger der preussischen Krone kann ich nur aufs tiefste bedauern. (Zustimmung rechts.) Ein Entwurf über die Neuordnung der Gebühren für Sachverständige und Zeugen wird dem Hause noch in dieser Session zugehen, hoffentlich auch noch eine Vorlage zur Einführung von Diäten für Schöffen und Geschworne. (Bravo!)

Abg. Schiffer (natl.) befreitet das Vorhandensein einer Klassenjustiz. Die Pflichttreue der Richter ist gar nicht anzuzweifeln, es bleibt nur die alte Wahrheit übrig, daß niemand aus seiner Haut heraus kann. Auch Sie (b. d. Soz.) beurteilen Revisionisten und Radikale sehr verächtlich. Sehr bedauerlich ist, daß wir noch jahrelang auf die Reform des Strafgesetzbuchs warten sollen. Mit der kleinen Strafgesetzbuch sind so gute Erfahrungen gemacht worden, daß man eine Reihe von Materien schon vorher regeln sollte. Die Frage des Streikpostenrechts sollte rein juristisch, losgelöst von allen politischen Nebengedanken, gelöst werden. Sehr reformbedürftig ist die Gesetzgebung für geistesranke Verbrecher; hier können wir unmöglich 10 Jahre warten. Die Zustände sind so schlimm, daß sie gar nicht schlimmer werden können.

Abg. Volkstsch (kons.) auf der Tribüne unverständlich pläbiert für die Einführung der Prügelstrafe.

Abg. Barmuth (Sp.) spricht für einen erhöhten Schutz der Gläubiger und wendet sich gegen die Abschaffung der Todesstrafe, für solche Bestrebungen fehle im deutschen Volke das Verständnis.

Abg. Bietmeyer (Wirtsch. Bg.) befreitet das Vorhandensein einer Klassenjustiz und wünscht, daß die Richter pensioniert werden, bevor sie zu alt werden.

Abg. Dr. Seegy (els.-Lothr. Str.) beschwert sich über zweifelhafte Maß in der Rechtssprechung, die gegen die Elßner besonders scharf angewendet werde.

Darauf verläßt das Haus die Weiterberagung auf Montag 2 Uhr. (Vorher Wahlprüfungen, Rechnungssachen.)

**Preussischer Landtag.**

**Abgeordnetenhaus.**

128. Sitzung.

Berlin, 8. Februar, vorm. 11 Uhr.

Am Ministertisch: Von Dallwig.

**Der Etat des Innern.**

**Das Medizinwesen.**

Abg. v. d. Osten (Lons.) will die schlechte Bezahlung der Krankenpflegerinnen nicht bestrafen, aber das Hauptgewicht liegt auf dem Gebiete der christlichen Nächstenliebe. Die traurige Erscheinung des Geburtenrückgangs muß vom nationalen Standpunkt betrachtet werden. Mit Schlagwörtern, wie: Unterernährung und verkehrter Wirtschaftspolitik, löst man die Frage nicht. Die Lebenslage des Volkes hat sich gehoben. Materielle Güter allein machen nicht reich, dem Reichtum verleiht erst der Mensch, der ihn besitzt, den wahren Wert. (Geisterzeit b. d. Sez.) Der Rückgang der Sterblichkeit kompensiert nicht den Geburtenrückgang, sondern verschleiert ihn nur. In Berlin gehen die Geburten schneller zurück als die Sterblichkeit, und ohne Zugang von außen würde Berlin langsam entvölkert. Der Geburtenrückgang ist dort am größten, wo am meisten sozialdemokratische Stimmen abgegeben worden sind und dort am geringsten, wo das Volk noch religiös ist. (Hört, hört! rechts.) Zuruf des Abg. Hoffmann. Abg. v. d. Osten: Herr Hoffmann? Abg. Hoffmann: Ich habe neun Kinder und Sie? (Geisterzeit.) Abg. v. d. Osten: Die Würde des Hauses verhindert mich, diese Angelegenheit auf das persönliche Gebiet hinüberzuspielen. (Geisterzeit b. d. Sez.)

Der Geburtenrückgang bedeutet immer einen Niedergang der Kultur. Die Eaten der Sozialdemokraten stimmen nicht überein mit den Worten des Abg. Ströbel, daß die Sozialdemokratie ein möglichst starkes und zahlreiches deutsches Volk wünsche. In dem sozialdemokratischen „Märkischen Volkskalender“ finden sich gerade solche Insuperate, wie sie Abg. Ströbel gebrandmarkt hat und der Sozialdemokrat Dr. Wubpacher (Zürich) empfiehlt in einer Broschüre 70 Mittel zur Verhütung des Kinderjagens. Also mindestens ein Teil der Sozialdemokratie beurteilt diese Frage vom engsten sozialdemokratischen Standpunkt aus. Es sollte eine Kommission zum Studium eingesetzt werden.

Es besteht die Gefahr, daß wir dem Ansturm der Glamen unterliegen. Der Redner beurteilt dann scharf die Kampfweise des Leipziger Metzgerverbandes, die die der Sozialdemokratie noch überlegen ist.

Abg. Sartorius (Freilons.): Den Frieden zwischen Metzger und Krantentafeln sollte man besonders in Köln predigen.

Abg. Dr. Wagner (Freilons.): Das großstädtische Wohnungs- elend, das die Zuberuloze fördert, kann man nicht den Agrariern in die Schuhe schieben. Ueberrich hat Barchow schon 1847 fest- gestellt, daß auch bei miserabeln Wohnungsverhältnissen die Zuberulozeverblütheit gering sein kann. Gegenüber dem Abgeordneten Ströbel bemerkt der Redner, daß in den Univeritäts- städten beinahe eine Entwöhnung vom Alkohol festzustellen sei. (Allgemeine Geisterzeit.) Herr Ströbel muß wissen, daß unsere Gerichte Trunkenheitsgerichte milde beurteilen, auch bei Arbeitern. (Widerspruch b. d. Sez.) Der Zutritt zum Weine ist glänzend. Die Not kommt als Ursache der Prostitution fast gar nicht in Betracht; die meisten Prostituierten waren Dienstmädchen, leiden denn die Not? Wir sind nicht mehr das Jahrhundert des Kindes, sondern der Furcht vor einem Kinde. Vielleicht würde es helfen, wenn der Staat alle unehelichen Kinder zur Erziehung übernehmen würde. Dann würde auch die wünschenswerte Rück- flut von der Stadt auf das Land eintreten. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Rughan (Horch. Sop.) wirtzt dem Abg. von der Osten vor, daß er sich auf die ärztlichfeindliche Presse gestützt habe. In diesem Sitze gehen die Krankenkassen mit den Betriebs- trantendassen und sogar die Konzeptionen mit der Sozialdemo- kratie Hand in Hand. Die Metzger haben nicht mit dem General- streik gedroht, sondern für den Fall der Verwerfung aller ihrer Bedingungen durch die Krankenkassen erklärt, die Kassennmitglieder nicht mehr als Kassenzustimmen behandeln zu können. Der Redner tritt ausdrücklich für die freie Arztwahl ein, gegen die sich die Kassenzustimmen nur aus Formalismus sträuben. Er tritt dann für die Verbesserung der Lage der Krankenpflegerinnen ein und behauptet, daß in der Armee die Militärarztstellen zum großen Teile nicht besetzt sind.

Abg. Ströbel (Sez.): Ich habe bereits gestern nachgewiesen, daß von den ärztlichen Vereinskassen mit dem Generalstreik gedroht worden ist. Ich weise es zurück, daß Abg. Rughan den Wider- stand der Krankenkassen gegen die freie Arztwahl auf Formalismus zurückführt. Neben der geistlichen Krankenpflege ist die weltliche unerlässlich, und so gut wie die Metzger anhängige Bezahlung beanspruchen, so gut gebührt sie auch dem Krankenpflegerpersonal. Wir werden nicht dafür eintritten. Dem Abg. v. d. Osten gegenüber stelle ich fest, daß ich selbstverständlich den Geburtenrückgang auf einen Komplex von Ursachen zurückgeführt habe, aber wer kann be- zeichnen, daß auch die Ursache dabei ist, daß weite Kreise des Volkes nicht die Möglichkeit haben, ihre Kinder anständig und an- genehm zu erziehen und daß die Geburtenzahl zunehmen würde, sobald eine Verbesserung der materiellen Lage des Volkes herbeigeführt würde? Das in England die Geburtszahl, wie Abg. v. d. Osten ausführt, trotz dem Freihandel nicht gestiegen ist, beweist gar nichts, sondern mag gerade ist, daß England ein ein- wickelter Industriestaat ist und deshalb der Geburtenrückgang dort ebenso zu verzeichnen ist wie in Belgien, hier trotz dem Ueberwiegen des Katholizismus. Daß der Geburtenrückgang dort groß ist, wo die Sozialdemokratie besonders stark herrschen ist, beweist nur, daß diese Gegenden von einer besonders stark industrialisierten Bevölkerung bewohnt sind und daß bei der industriellen Bevölkerung der Geburtenrückgang stärker ist, bezeichnen wir gar nicht. Herr v. d. Osten hat keinen Beweis dafür beigebracht, daß Geburten- rückgang immer einen kulturellen Rückgang bedeutet. Will man etwa behaupten, daß es ein Kennzeichen der Kultur sei, wenn irgend- wo recht viel Kinder geboren werden? Auch wir beklagen den Geburtenrückgang, aber ihn ist nur abzuheilen dadurch, daß den breiten Volksschichten ausreichende Lebensbedingungen geschaffen werden. Dies ist aber von den großen Parteien jenseit hier wie im Reichstag noch immer verhindert worden. (Sehr wahr! b. d. Sez.) Die im „Vorwärts“-Verlag erscheinende Zeitschrift kann gar nicht mit jenen Aufwindungen auf eine Seite gestellt werden. Wenn schon einmal aus sozialen, hygienischen und allen möglichen andern Gründen der Wille vorhanden ist, Geburten zu verhehren, dann ist es, so sagt jene Zeitschrift, rationaler, Mittel zu be- wenden, die die Befruchtung von vorübergehend unmöglich machen. (Hört, hört! rechts.) Das sagen auch viele Metzger, und es ist selbstverständlich viel richtiger, als nach der lebensgefährlichen Sprache zur Abwertung zu machen. Es gibt in der Tat gesundheits- liche Rücksichten genug, die dem Arzte zur Pflicht machen, eine Fingerring herbeizuführen, wenn Empfängnis eingetreten ist, z. B. bei tuberkulösen Frauen. Da kommt ja auch Mittel in Frage, von denen die im „Vorwärts“-Verlag erscheinende Zeitschrift spricht.

Die Sozialdemokratie stellt sich dem Standpunkte, daß der Geburtenrückgang nur durch die Beseitigung seiner Ursachen ver- mieden werden kann, aber von jenen Anhängern der bürgerlichen Blätter hält sie ihre Sprache.

Abg. Richter von der Osten hat die Verurteilung des Abgeordneten als den Tod der freien Persönlichkeits- erklärung. Diese Worte werden sich die Staatsbeamten merken müssen. (Sehr wahr! b. d. Sez.) Sie wissen allerdings durch Ihren Vortrag die freie politische Persönlichkeit im Staatsbeamten. Der Abgeordnete Dr. Wagner hat behauptet, daß die Zuberuloze eine Professionskrankheit ist. Das ist aber von dem vielen Ärzten, selbst von dem von mir zitierten Professor Rose ver- urteilt worden. Dieser hat auch die dringende Notwendigkeit eines- seitenher Wohnungsreform betont. Wenn die empfindlichsten Stellen dieses Hauses es nun gewollt hätten, hätten wir heute

ein gutes Wohnungsgesetz. Wir wissen, daß die Gerichte bei den Vergehen solcher Angelegter die Trunkenheit wohl zu berücksichtigen wissen, aber wir müssen es als Ausdruck der Klassenjustiz ansehen, daß diese psychologischen Erwägungen nicht auch in der- selben gegenüber angestellt werden. (Sehr wahr! b. d. Sez.) Ich habe auch nicht die Not als einzige Ursache der Prostitution hingestellt, sondern nur als eine Hauptursache, und das kann nicht bestritten werden. Angehörige der bestgehenden Klassen, die, vielleicht aus pathologischer Veranlagung, das Bedürfnis fühlen, sich dem andern Geschlecht hinzugeben, werden nicht zur Prostitution herabgesinken, aber das Dienstmädchen, die vielleicht aus Unkenntnis Kinder bekommen, entlassen werden, obdachlos be- stehen, die Kinder Pflegemüttern übergeben und dafür schwer bezahlen müssen — daß die auf den abhässlichen Weg geraten, der zur Prostitution führt, ist sehr leicht erklärlich. (Zustimmung b. d. Sez.) Gewiß kommt auch Degeneration und pathologische Veranlagung in Frage, aber auch die Degeneration hat ihre sozialen Ursachen und ist häufig eine Folge wirtschaftlicher Not. Wenn Sie den Volksschichten ernstlich zu Leibe gehen wollen, so kurieren Sie nicht an den Symptomen herum, sondern beweisen Sie Ihre ernste Absicht, indem Sie gegen die Ursachen kämpfen, helfen Sie uns, für die Geburt der breiten Massen des Volkes einzutreten. (Wabot! b. d. Sez.)

Abg. Schmedding (Str.) billigt die Stellung Ströbels zum Geburtenrückgang nicht. Hierbei kommen auch moralische Ge- sichtspunkte in Betracht. Wir bedauern, daß über ein derartiges Thema hier so ausführlich gesprochen wurde. (Beifall i. Str.) Die allgemeine Besprechung ist damit beendet, in der Einzel- besprechung werden nur lokale und Beamtenfragen besprochen.

**Der Bauetat.**

Beim Ministertisch findet die allgemeine Besprechung statt. Abg. Schmedding (Str.) billigt es, daß die Kanalifikation nicht von der Einführung der Rheinschiffahrtsabgaben abhängig gemacht wird, hofft aber, daß der Minister sich um die Zustimmung Hollands zur Einführung von Schiffahrtsabgaben weiter bemühen werde.

Abg. Fehr v. Jelliss (Freilons.): So erfreulich die Vollen- dung des Großschiffahrtswegs Berlin—Stettin ist, so ist doch zum Aus- gleich für Schiffe eine weitere Verbesserung des Oberlaufs zu fordern.

Minister v. Breitenbach: Der Verkehr auf der Oder hat sich dank den Verkehrsverbesserungen über Erwarten gesteigert. In nächster Frist wird ein neuer Entwurf über den Ausbau der Oder unterbreitet werden. Die vom Abgeordneten Schmedding verlangte Erbauung des Seitenkanals an der Lippe ist ein er- treibenswertes Ziel, leider waren unsere Bemühungen, die Pro- vinzialverbände von Rheinland und Westfalen zu den Kosten mitheranzuziehen, ohne Erfolg. Würde der jetzige Zeitpunkt ber- säumt, so wäre es in Zukunft schwer, das Veräumte nachzuholen. (Beifall.)

Abg. v. Bülow (Homburg, natl.) spricht über die Notwendig- keit der Erbauung gesunder und billiger Kleinwohnungen für die minderbemittelte Bevölkerung. Die Regierung sollte hier schon jetzt, noch vor dem Wohnungsgesetz, alles Mögliche tun. Ein Musterbeispiel bieten die Etablissements der Wagenoffenschaft „Ideal“ in Brix. Die Bauqualität muß eingebämmt werden. Es sollten hygienische Vorschriften für die Dienstmädchenkamern erlassen werden.

Ein Regierungskommissar: Die sogenannten Hängeböden sind schon verboten. Weitere Bestimmungen jetzt vor dem Wohnungsgesetz zu erlassen, halten wir nicht für richtig. Für das Kleinwohnungsweisen beistehen allgemeine Anweisungen. Das Haus verlegt die Weiterberatung auf Montag 11 Uhr. Schluß 4½ Uhr.

**Aus der Gewerkschaftsbewegung.**

**Die Vertragsverhandlungen im Holzgewerbe.**

Wie wir im Laufe der Woche mehrfach berichteten, haben seit Beginn dieser Woche Verhandlungen zwischen den Parteien unter dem Vorsitz des Reichstages v. Werlesch stattgefunden. Die Be- mühungen, besonders die des Herrn Vorsitzenden, waren auf das Zustandekommen einer Verständigung gerichtet. Jedoch waren diese Bemühungen vergeblich. Eine Verständigung konnte in fast keinem Punkte zwischen den Parteien direkt erzielt werden. Infolgedessen hat der Unparteiische im Einverständnis der Parteien den Schiedsrichter gewählt, welcher am Sonnabend den 8. Fe- bruar, vormittags 11 Uhr, berufen wurde.

Dieser Schiedsrichter besagt zunächst, daß die Vertrags- dauer auf vier Jahre festgesetzt wird, und zwar bis zum 15. Februar 1917. Ferner spricht der Schiedsrichter aus, daß in der Vertragsgruppierung im Holzgewerbe eine Vereinheitlichung Platz greifen soll in der Weise, daß die jetzige Vertragsgruppe eine weitere Belastung nicht erfährt, dagegen eine weitere Zusamen- legung der übrigen kleineren Vertragsgruppen erfolgen soll. Es ist weiter in dem Schiedsrichter ausgesprochen, daß die im Jahre 1911 von der zentralen Schiedskommission beschlossene Vertragsvorlage bei den künftigen Vertragsverhandlungen als Norm gelten soll. Es ist weiter über den Ausbau des vertraglichen Schiedswesens sowie über eine schnellere und korrektere Einleitung der anhängig ge- machten Beschwerten die nötige Klarung getroffen worden. So heißt es z. B., daß in Zukunft die Entscheidungen der Schieds- kommission in jedem Falle innerhalb acht Tagen nach er- folgtem Anruf erfolgen müssen.

Einer der größten Streitpunkte, nämlich die Arbeits- zeitverkürzung, ist in der Weise erledigt worden, daß in Berlin ab 1. Juli 1915 die Arbeitszeit von 51 auf 50 Stunden pro Woche herabgesetzt wird, am gleichen Datum wird die Arbeits- zeit in Leipzig und Dresden von 52 auf 51 Stunden pro Woche verkürzt. In den übrigen Großstädten: München, Köln, Düsseldorf, Hannover, Kiel, Magdeburg und einigen andern erfolgt ab 1. Juli 1916 eine Verkürzung um 1 Stunde, so daß in diesen Orten dann auch die 50stündige Arbeitszeit besteht, während in Rügen die 51stündige eintritt. In Halle, Lübeck und Stettin wird die Arbeitszeit von 54 auf 52 Stunden pro Woche verkürzt. In weiteren neun Städten beträgt die Arbeitszeitverkürzung 1 Stunde, und zwar von 54 auf 53 Stunden. Zittau, Danzig, Gera und Krefeld erhalten eine 50stündige Verkürzung. In den ersten drei Orten besteht somit eine 50stündige, in Krefeld eine 51stündige wöchentliche Arbeitszeit. In Guben und Bismarck wird die Arbeitszeit von 55 auf 54 Stunden verkürzt. Bromberg, Göttingen, Hildesheim, Rendsburg und Thorn erhalten 2 Stunden Verkürzung, von 56 auf 54 Stunden. In Barmen, Kattowitz, Königsberg und Schwerin wird die Arbeitszeit von 57 auf 54 Stunden verkürzt, während in Amberg, Heilbronn, Greifswald, Guben, Meise und Stargard die 50stündige Arbeitszeit ein- geführt wird. Es beträgt somit nach der Durchführung dieses Schiedspruchs die Arbeitszeit in Berlin 50, in den übrigen Städten 51, 52 Stunden usw., bis zur höchst- zulässigen Arbeitszeit von 55 Stunden pro Woche. Die Orte Gera, Darmstadt, Kattowitz, Jena werden an die bestehenden Verträge des übrigen Vertragsgebietes angegliedert, erhalten aber keine Verkürzung, wie die übrigen Orte.

Die Arbeitslöhne werden erhöht ab 1. März 1915 um 2 Pfg., ab 1. März 1914 um 2 Pfg., während im Jahre 1915 ein weiterer Pfennig zuzüglich des Ausgleichspfennigs für die Arbeitszeitverkürzung hinzukommt, so daß in den meisten Orten die gesamte Lohnerhöhung sechs Pfennig pro Stunde beträgt. Eine Ausnahme hiervon machen die Städte Krefeld und Danzig in der Weise, daß hier eine Lohnerhöhung von 7 Pfg. eintritt, während in Kiel, Amberg, Berlin, Guben, Meise, Stargard, Heilbronn und Greifswald die Erhöhung 5 Pfg. beträgt. Diese Lohnerhöhungen werden in vollem Umfang auf die bestehenden Vertragslöhne wie auf die Affordpreise ange- rechnet, was zum Beispiel für Berlin eine Erhöhung der Afford- preise von 7 Prozent ausmacht.

Zum Schluß spricht der Schiedsrichter aus, daß sämtliche noch strittigen Punkte zu erneuten Verhandlungen an die örtlichen Parteien verwiesen werden. Wenn bei diesen Verhandlungen auch durch die Vermittlung der Zentralinstanzen bis 1. März eine Einigung nicht erzielt wird, soll abermals eine Sitzung der Zentra- lverbände unter dem Vorsitz des Unparteiischen stattfinden, um auch diese Differenzen zu erledigen. Die Parteien haben also zunächst zu dem Schiedspruch Stellung zu nehmen.

An die Innenschiffer Deutschlands. 10 000 organisierte Boots- und Steuerleute auf der Elbe, Saale, Havel, den märkischen Wasserstraßen und der Oder befinden sich im Kampfe gegen das Unternehmertum! Die Mannschaften fordern vor allen Dingen die Einführung der Nachruhe; außerdem sind Lohnforderungen von 5 bis 10 Mark pro Monat gestellt. Die Verhandlungen, welche mit dem Arbeitgeberverband für Innenschiffahrt seit Anfang Dezember stattgefunden haben, sind resultatlos verlaufen; die Verhandlungen scheiterten an der Forderung der Nachruhe, außerdem wollen die Unternehmer an der Oder die Lohnforderung nicht bewilligen. Fast alle Mannschaften befinden sich schon fast 6 Wochen zu Hause, und sie sind jetzt bereit und fest entschlossen, zu kämpfen und die Schifffahrt nicht eher aufzunehmen, bis die Unternehmer die Forderungen erfüllt haben. Wir ermahnen deshalb die Schiffer auf den andern Strömen Deutschlands, alle Arbeitsangebote nach den Stromgebieten der Elbe, Saale, Havel, den märkischen Wasserstraßen und der Oder strikte abzulehnen. Innenschiffer Deutschlands, acht Solidarität!

Der Kampf um die Nachruhe in der Innenschifffahrt. Der Unternehmerverband für die Innenschifffahrt versucht in der Presse, die Verantwortung für den folgenschweren Kampf in den Stromgebieten der Elbe, Saale, Havel, den märkischen Wasser- straßen und der Oder auf die Vertreter der Arbeiter abzuwälzen. Er jagt jetzt, er habe niemals das Zugeständnis gemacht, eine Regelung der Arbeitszeit im Jahre 1914 vorzunehmen. Aus dem Verlauf der Verhandlungen ist dagegen einwandfrei das Gegen- teil nachzuweisen. Eine Delegiertenversammlung der Schiffer erkannte das Anerbieten der Unternehmer in der Lohnfrage für das Elbegebiet an, erklärte aber die Zusage für die Oder und die märkischen Wasserstraßen für nicht genügend, zumal eine drei- jährige Vertragsdauer in Vorschlag gebracht wurde. Sie stimmte weiter dem Vorschlag des Unternehmerverbandes bezüglich Ein- führung der Nacht- und Sonntagsruhe zu, soweit sich der Vor- schlag auf die Zusammensetzung der Kommission und Durchfüh- rung der statistischen Erhebungen bezog. Da aber die baldmög- lichste Einführung der Nacht- und Sonntagsruhe dringender erfor- derlich ist, könnte ohne genügende Garantie dafür, daß den Wün- schen der Mannschaft in genügender Weise Rechnung getragen wird, einer dreijährigen Verlängerung der Vereinbarungen nicht ohne weiteres zugestimmt werden. Aus der nun folgenden Korrespondenz zwischen dem Unternehmerverband und den Ar- beiterverbänden geht denn auch nicht hervor, daß der Unter- nehmerverband der Ansicht war, die Mannschaften würden auf die Regelung der Arbeitszeit verzichten. Die Unternehmer haben am 29. Dezember die Arbeitszeitregelung für das Jahr 1914 zugelegt, und am 28. Januar haben sie diese Zusage zurückgezogen. Diese Zurückgabe läßt sich nicht aus der Welt schaffen, und die Unter- nehmer haben demnach die Verantwortung, wenn es jetzt zum Kampfe kommt. Die Unternehmer begründen ihre Haltung jetzt mit dem Hinweis, daß sie einseitig belastet und deshalb der Konkurrenz durch die nicht organisierten Reeder nicht stand- halten könnten. Dies trifft nicht zu; die Organisationen haben in den übrigen Betrieben ebenfalls Mitglieder, sie würden auch dort für die Regelung der Arbeitsverhältnisse eintreten. So hat der Transportarbeiterverband bei den Mitgliedern des Unter- nehmerverbandes fast 5000 Mann organisiert und bei den Unter- nehmern, die nicht dem Unternehmerverband angehören, über 5000 Mitglieder. Der Kampf hat schon auf der ganzen Linie ein- gesetzt, die Mannschaften, die zu vier Fünfteln zu Hause sind, verweigern die Aufnahme der Schifffahrt, die andern Mann- schaften werden die Fahrzeuge am 15. Februar verlassen. Eine ganze Zahl von Unternehmern hat sich bereits an die Organisation gewandt, um Verträge abzuschließen; sie wollen die Forderung der Nachruhe erfüllen.

**Generalversammlung des Zentralverbandes der Zimmerer.**

Kr. Berlin, 8. Februar.

**Sechster Verhandlungstag.**

Bei Beratung der allgemeinen Anträge wird beschlossen, daß am künftigen Goutkonferenzen die beiden Vorsitzenden, Kassierer, Redakteur und ein Vertreter des Ausschusses teilzu- nehmen haben. Im weiteren wird der Zentralverband beantragt, eine Vorlage auszuarbeiten über eine Versicherung gegen Un- fall für diejenigen Mitglieder, welche im Auftrag der Organi- sation eine Funktion ausüben, jedoch wird dem Vorstand schon heute die Ermächtigung erteilt, in solchen Fällen Unterstützung zu gewähren.

Ferner wird ein Antrag angenommen, der besagt, daß die sogenannten „fremdgelebten“ Kameraden, die sich unter sich bekämpfen, bei Ergehen aus dem Verband auszuschließen sind. Alle Anträge, die Verschmelzung mit dem Bauarbeiterverband wollen, werden durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt. Nachdem im Plenum nochmals beschlossen wird, den Beitrag nach dem tatsächlichen Stundenlohn zu berechnen, wird auf Antrag durch namentliche Abstimmung die Kommissionsvorlage mit 90 gegen 45 Stimmen und fünf Stimmenthaltungen angenommen. Nach dieser Vorlage werden die Beitragswochen von 40 auf 42 Wochen pro Jahr festgesetzt. Der wöchentliche Beitrag wird in zwölf Klassen abgetuft, wie der Vorstandsantrag vorschlag.

Die Unterstützung bei Arbeitskämpfen wird in allen Klassen um ein wenig erhöht. Früher betrug sie täglich in der untersten Klasse 1.80 Mark und stieg bis zur höchsten Klasse auf 2.60 Mark, in Zukunft beträgt sie 2 Mark in der niedrigsten Klasse und steigt auf 3.10 Mark in der höchsten Klasse. Mitglieder im ersten Jahr ihrer Mitgliedschaft erhalten in allen Klassen pro Tag 40 Pfg. und im zweiten Jahr ihrer Mitgliedschaft in allen Klassen pro Tag 20 Pfg. weniger an Unterstützung. Die Arbeits- lohnunterstützung kann bezogen werden, wenn das Mit- glied 60 Wochen Beiträge bezahlt hat; das Bezugsjahr soll von 52 auf 56 Wochen erhöht werden. Weiter wird beschlossen, daß Mitglieder nach Abschluß der Bauhülle wieder in ihre alten Rechte eintreten, wenn sie 4 Wochen an Orte gearbeitet haben. Die Karenzzeit ist in jedem einzelnen Falle von Arbeitslosigkeit durchzumachen. Eine Ausnahme tritt nur ein, wenn ein vor- heriger Fall von unternehmender Arbeitslosigkeit noch nicht über 24 Arbeitstage zurückliegt. Die Arbeitslohnunterstützung wird bis zur Dauer von 36 Arbeitstagen gewährt. Wer für 36 Tage hintereinander Arbeitslohnunterstützung bezog, ist ausgeteilt. Arbeitslohnunterstützung wird in derjenigen Schicht ausbezahlt,

Das bezugsberechtigte Mitglied mindestens 4 Wochen Mitglied ist und sich kontrollieren läßt.

Die Höhe der täglichen Unterstützung richtet sich nach der in ununterbrochener Mitgliedschaft geleisteten Gesamtarbeit und der Höhe der in den letzten 42 Wochen vor dem Bezuge geleisteten Beiträge. Haben sie Beiträge in der 1., 2., 3. oder 4. Beitragsklasse gezahlt, so erhalten sie nach Leistung von 60 Wochenbeiträgen pro Tag 60 Pfg. Diese Unterstützung steigert sich, um nach 228 Wochenbeiträgen auf täglich 1,50 Mark anzuwachsen. Die Mitglieder, die in den letzten 42 Wochen Beiträge in der 5., 6. oder 7. Beitragsklasse gezahlt haben, erhalten Unterstützungen von 75 Pfg. täglich nach Leistung von 60 Wochenbeiträgen, steigend auf täglich 1,75 Mark nach Zahlung von 228 Wochenbeiträgen. Jene Mitglieder, die in den höchsten Beitragsklassen während der letzten 42 Wochen gezahlt haben, erhalten nach 60 Wochenbeiträgen täglich 1 Mark, steigend auf 2 Mark nach Zahlung von 228 Wochenbeiträgen.

Zur Reiseunterstützung wird folgender Abfaz neu geschaffen: „Die während der Zeit vom 1. Januar bis 31. März etwa bezogene Arbeitslosen- und Reiseunterstützung kommt von der für den nächsten Winter (ab 1. Dezember) zu beziehenden Reiseunterstützung nicht in Abzug.“

Die Unterstützung der Familien verheirateter Mitglieder soll in der 1. Klasse pro Tag 40 Pfg. betragen und sich steigern bis zur 12. Klasse auf 1,50 Mark pro Tag.

Den Bericht für die Kommission, die zur Beratung der Gehaltsregulierung gewählt war, erstattete Kube (Berlin). Danach soll das Grundgehalt für den 1. Vorsitzenden, 1. Kassierer und 1. Redakteur 2700 Mark betragen und jährlich um 100 Mark steigen bis zum Höchstgehalt von 3600 Mark. Das Grundgehalt

der übrigen im Zentralbureau beschäftigten Kameraden soll 2500 Mark betragen und ebenfalls jährlich um 100 Mark steigen bis auf 3400 Mark. Das Gehalt der Hilfsarbeiter soll mit 2400 Mark anfangen und bei einer jährlichen Steigerung von 100 Mark auf 2800 Mark steigen. Für die Bau- und Baustellenbeamten soll das Grundgehalt 2200 Mark betragen und ebenfalls jährlich um 100 Mark steigen bis zur Höchstgrenze von 3000 Mark. Falls die Baustellen sich weigern, diesem Beschluß nachzukommen, betreffs der Ortsbeamten, so soll der Vorstand die Differenz bis zur nächsten Generalversammlung tragen. Ferner sind für jene Verbandsbeamten, die 3 bis 4 Jahre lang keine Gehaltserhöhung bekommen haben, einmalige Zulagen von 100 bis 200 Mark vorgesehen. Die Kommission möchte ferner den Vorstand beauftragen, einen Anstellungsvertrag auszuarbeiten und der nächsten Generalversammlung vorzulegen. Ferner soll der Vorstand der nächsten Generalversammlung einen Vorschlag unterbreiten, nach dem die Bezahlung der Ortsbeamten auf die Hauptkasse übernommen wird. Die Vorschläge der Gehaltsregulierungskommission wurden ebenfalls angenommen. Die Bestimmungen haben vom 1. Januar d. J. ab rückwirkende Kraft.

Der Vorstand wird beauftragt, bei der nächsten Vorstandskonferenz die Frage zur Erörterung zu bringen, was im Falle eines Krieges oder einer Mobilmachung in Frage der Arbeitslosenunterstützung zu geschehen hat. Das Statut soll mit Ausnahme der Bestimmungen über die Arbeitslosenunterstützung am 1. März d. J., die Neuregelung der Arbeitslosenunterstützung soll jedoch erst am 1. Juli d. J. in Kraft treten. Als Sitz des Verbandes wird Hamburg wieder bestimmt und der bisherige Vorstand inklusive des Redakteurs einstimmig gewählt, desgleichen bleibt der Ausschuß in Berlin und wird Kube wieder als Vorsitzender dieser Körperschaft bestimmt. Die Generalversammlung wird dann nicht geschlossen, sondern nur vertagt.

### Briefkasten.

**F. Schönebeck.** Der Erfolg der Ausnahmefälle ist sehr erfreulich, aber wir können nicht über jeden Einzelfall einen Bericht bringen. —  
**S. Schönebeck.** Die Post läuft nicht kommen, wir können auch in diesem Falle kein Interat im reaktionellen Teile bringen. —  
**Quittung.** Wahlkreis Wölmirkebi-Neuhaldensleben. Im 2. Quartal sind folgende Summen als Beiträge und Kalender-Einnahmen eingegangen: Kößitz 89,65. Barleben 123,10. Oldenstedt 380. Niederbodeleben-Schnarsleben 67,83. Weigenbüsch 7. Höstelsleben 51,35. Kothensee 31,45. Althaldensleben 98. Gundsberg 24,32. Neuhaldensleben 200. Ummendorf 60. Eberdorf 24,70. Wedringen 28,20. Groß-Ammensleben 15,15. Wolmirkel 70. Rogätz 58. Dahlewarzleben 20. Erxleben 20. Schmalzerleben 14,10. Samsleben 16,22. Nachträglich für Wahlpostkarten von Kothensee 2,50 Mark. Stephan Dürre.

### Sozialdemokratischer Bezirksverband für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Bei der Bezirkskasse gingen folgende Beträge ein: 22. November: Magdeburg 712,40. 2. Dezember: Neuhaldensleben 17,45. 13. Dezember: Salzwedel-Gardelegen 69,2. Halberstadt 253,68. 19. Dezember: Halberstadt 131,31. 7. Januar: Magdeburg 51,50; 125,87; Banzleben 56,70. 17. Januar: Neuhaldensleben-Wolmirkel 77,95; Kalbe-Neuhaldensleben 352,61; Salzwedel-Gardelegen 36,36. 22. Januar: Kalbe-Neuhaldensleben 340,85. 4. Februar: Stendal-Dienburg 83,50; Wolmirkel-Neuhaldensleben 158,30; Jerichow 1 und 2 78,41. 8. Februar: Banzleben 278,80. Magdeburg, 10. Februar 1913.  
Franz Beißge, Bezirkskassierer.

# Georg A. Jasmatzi A.-G. Dresden

steht allein das Recht zu, Cigaretten unter der Bezeichnung

# Jasmatzi-Cigaretten

in den Verkehr zu bringen.

Packungen, die als Jasmatzi-Cigaretten angeboten werden, aber nicht unsere Firma fragen, weise man zurück.

## Georg A. Jasmatzi Aktiengesellschaft

Größte deutsche Cigarettenfabrik.

Clou-  
Lichtspiele  
Kaiser-  
Theater

heute

Menschen unter Menschen

Tägliche  
Vorführungen 6 8 10 Uhr

Im Banne des Mammons

Kino-Salon Aschersleben, Düstere Tor 6  
Jeden Mittwoch u. Sonnabend Programmwechsel.

Verband der freien Gast- u. Schankwirte

Mittwoch den 12. Februar beim Kollegen  
Otto Obergartel, Budau, Kruppstraße 9

Mitgliederversammlung.

Vortrag über das Strafgesetz.

Bollzähliges und pünktliches Erscheinen aller erwünscht.  
Der Vorstand.

Halberstadt. Sozialdemokrat. Verein.

Donnerstag den 13. Februar, abends 8 1/2 Uhr,  
bei Frau Bollmann, Bafenstraße 63

Mitglieder-Versammlung.

Vortrag des Bezirkssekretärs Genossen Weims.

2. Verschiedenes.

Die Mitglieder ladet zu zahlreichem Besuch freundlichst ein  
Der Vorstand.

# Deutscher Holzarbeiter-Verband

Verwaltungs-  
stelle  
Magdeburg.

Am Mittwoch, 12. d. M., abends 8 Uhr, im „Sachsenhof“

## Außerordentliche Generalversammlung

Tagesordnung: 468  
Beschlussfassung über die Tarifverhandlungen und den gefällten Schiedspruch.

In Anbetracht der Wichtigkeit der Versammlung wird pünktliches und vollzähliges Erscheinen erwartet.  
Ohne Legitimation kein Zutritt.

Eine Quelle des Wohlstandes  
ist das Postverbands-Geschäft. Filiale, sehr einträglich, wird Herrn od. Dame mit 200 bis 500 Mk. Startkapital eingerichtet. Selbständ. Arbeiten auf eigene Rechnung bequem im Hause. Persönl. Anleitung. Größte Erfolge nachweisbar. Ernstgemeinte Interessenten wollen Offerten unter A 5668 durch „Zubalidendant“, Magdeburg, einreichen. K18

Quedlinburg Apollo-Theater Schmalestr. 6  
Tägliche Vorführungen von abends 8 Uhr an. 478  
Jeden Mittwoch, nachm. 4 Uhr: Familien- u. Kinder-Vorstellung.  
Sonnabends von 3 Uhr an. Eintritt jederzeit. — Dienstag und Sonnabend: Programmwechsel. Die Direktion. M. Raubi.

Wilhelm-Theater  
Dienstag den 11. Februar  
Der fidele Bauer.

Mittwoch den 12. Februar  
Der Frauenfresser.

Donnerstag den 13. Februar  
Hohheit tanzt Walzer!

Freitag den 14. Februar  
Die Förster-Christl.

Sonnabend den 15. Februar  
Der Bettelstudent.

Sonntag den 16. Februar, nachm.  
Die Förster-Christl.  
Abends  
Der fidele Bauer.

In Vorbereitung:  
Die Millionenbraut  
Operetten-Romantik.

Stadt-Theater.  
Dienstag den 11. Februar  
Martha.

Donnerstag den 13. Februar  
Gastspiel des fgl. württ. u. herzogl. fäch. Kammerjägers Oskar Holz.

Sritan und Jolde.

Stephanshallen  
— Str. Rich. Froherz. —  
Abends 8 Uhr 498

Varieté-Vorstellung.  
Streng bezogtes Programm  
für Familien-Publikum.

Vorzeiger dieser  
Annonce hat außer Sonn-  
abend und Sonntag freien  
Eintritt.

Kasino-Theater  
nebst einzigstem  
Kabarett Max u. Moritz  
Große Zunderstraße 12  
Täglich abends 8 Uhr  
Varieté- u. Theater-Vorstellung,  
sowie heitere Skizzen-Abende.  
Jede Woche neue Theaterstücke.  
Alle 14 Tage neue Skizzen.  
Entrée wochentags frei, Sonnt.  
20 J. Sonntag von 11 bis 2 Uhr  
Matinee bei freiem Entrée  
387 Direktion H. Köhlig.

Gr. Hasen-  
getöse!  
660 ganze 60 Pfg.  
halbe 20 Pfg.  
A. Herrmann Nachf.  
Lößlichehofstraße 8.

Dunkel rauhhaarer Zwer-  
gischer „Troll“ entlassen.  
Gegen hohe Belohnung ab-  
zugeben Kaiserstr. 16, II. 890

Salbke  
Zur Anfertigung von  
Herr- u. Knab-Garderob.  
empfeht sich.  
393 Replow-  
straße 5.

Brotsche mit Photographie  
verloren in d. Kammer-  
Stichspielen oder auf dem Wege  
von dort zur Strombrücke. Abzu-  
geben gegen Belohnung Werber.  
Gartenstraße 16, p. 1 Str. r. 389

Gut erhalt. St. u. Liege-  
wagen billig zu verkaufen 348  
Fermersleben, Elisenstr. 23.

Alte Gebisse,  
auch Teile, einz. Zähne werden  
hoch bezahlt. Kaufe jed. Posten  
von Händlern oder Privaten.  
Zahle pro Zahn bis 3 Mk. Zu  
sprechen 12-7 Uhr bei  
Bauer, Fürstenauer 14, Ecke  
Blumenthalstr., Haltestelle Linie 7.

Hämaschine, Wäse f. Schneid-  
Gänge, 3. verk. Preis 125 Mk.  
Reimann, Tischlergasse 27

Harmonika, chrom., schön  
95 Bässe, 3. verk. Preis 125 Mk.  
Reimann, Tischlergasse 27

Romane  
zu verleihen Tränsberg 23.

Dankagung.  
Herzlichen Dank allen denen,  
die den Sarg unserer lieben Tochter  
Erna

so reich mit Blumen schmückten.  
Besonders Dank dem Personal  
der Firma Hesse & Co., dem Chef,  
den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen  
sowie Herrn Pastor  
Görnemann für die woführenden  
Worte. 394

Familie Strachau  
nebst Angehörigen.

### ZENTRAL- THEATER

Unwiderruflich letzte 5 Tage  
Der urkomische  
Zauber-Künstler

Jarrow  
als Röllschuhläufer und  
Kunstradfahrer

Brekers Bären  
als Röllschuhläufer und  
Kunstradfahrer

Hull-Trio  
die besten Sandvoktgeure  
der Welt

Dazu 7 weitere Schläger!  
Dieses sensationelle  
Spezialitäten-Programm  
muß jeder sehen! 481

### Fürstenthotheater

Hr. Müller-Lipart.  
Eing. Pflaumenstraße.  
Heute 8.20

Kein Kino sond.  
darf. Künstler

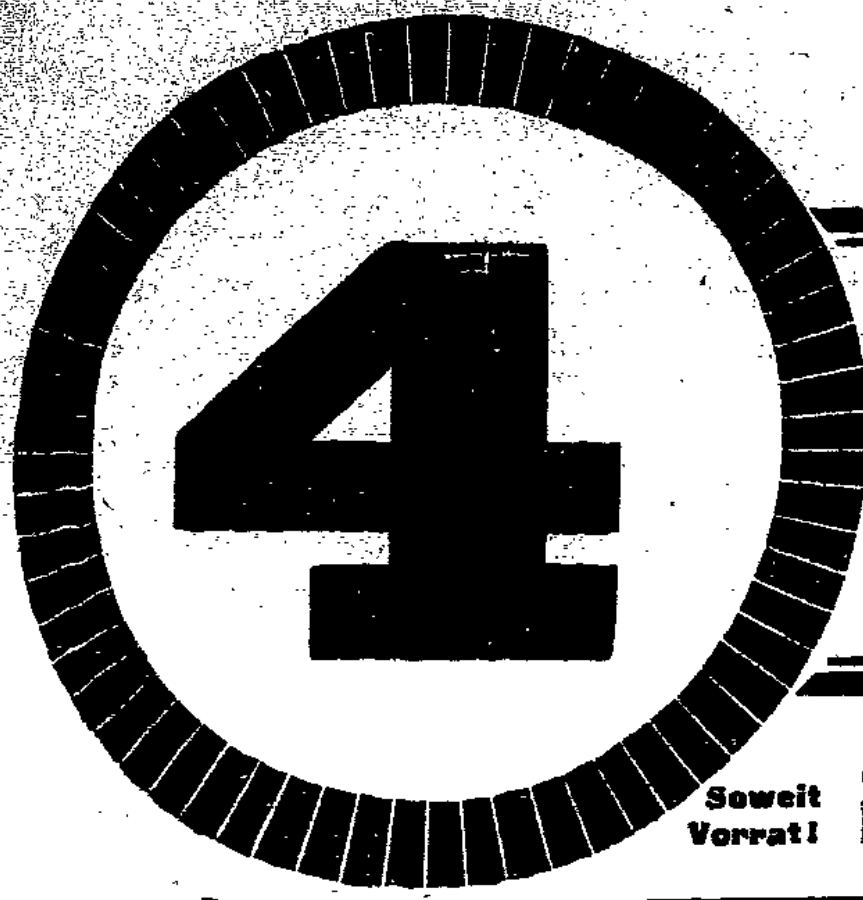
Königin Luise u.  
Kaiser Napoleon  
hist. Lustsp. —  
Stückl. 4 Akten.  
Vorher der neue  
Spez.-Spielpl.  
Vorzugst. gelt.

Unsern Schwimmgenossen  
Hermann Schmidt  
zu seinem heutigen Geburtstag  
ein kräftiges Frei Rad! 388.

Todesanzeige.  
Am Sonntag den 9. Februar,  
mittags, verschied nach kurzem  
aber schwerem Leiden unser  
lieber guter Vater, Schwieger-  
und Großvater, Onkel und  
Schwager, der Arbeiter-  
Invalide 892

Friedrich Sinte  
im 67. Lebensjahre.  
Dieser seinen liebstebrüht an  
M. Neustadt, 9. Februar

Die trauernden Hinterbliebenen.  
Die Beerdigung findet am  
Mittwoch, nachmittags 4 Uhr,  
auf dem Neustädter Fried-  
hof statt.



# BILLIGE TAGE!

Sämtliche Angebote bieten eine günstige Kaufgelegenheit. — Alle Waren sind sonst bedeutend höher im Preise. — In fast allen Lagern sind noch Waren für diese billigen Tage zu Extrapreisen ausgelegt.   
 Soweit Vorrat!

<b>Gefürte Damenhemden</b> 75 <small>amerikanisches System, m. kleinen Webfehlern St.</small>	<b>Dam.-Kombination</b> 95 <small>weiß Trikot, ohne Ausschneid, mit kleinen Webfehlern . . . . . Stück</small>	<b>Damen-Kombination</b> 125 <small>weiß Trikot, mit oberem Ausschnitt und Spitzengarnierung, mit kleinen Webfehlern Stück</small>	<b>Damen-Untertailen</b> 85 <small>weiß Trikot, mit angenehmem Futter Stück</small>
--	---	---	--

<b>Damen-Strümpfe</b> 65 <small>englisch lang, schwarz und leber, glatt und durchbrochen Wert bis 95 jezt Paar</small>	<b>Damen-Strümpfe</b> 95 <small>englisch lang, Flor, befestigt und durchbrochen Wert bis 1.95 jezt Paar</small>	<b>Herren-Socken</b> 65 <small>Flor, geringelt oder befestigt und durchbrochen Wert bis 1.95 jezt Paar</small>	<b>Damen-Trikothandschuhe</b> 75 <small>mit feinem Futter und weißer Leder-Einfassung Wert 1.95 jezt Paar</small>	<b>Weiß Dam.-Fingerhandschuhe</b> 65 <small>50 cm lang, à jour-Muster, merzerisiert Flor Wert 95 jezt Paar</small>	<b>Weiß Dam.-Fingerhandschuhe</b> 95 <small>50 cm lang, à jour-Muster, reine Seide Wert 1.75 jezt Paar</small>
---	--	---	--	---	---

<b>Wäschebörichen</b> 26 <small>gute Ware, zum Ausfuchen 10 Mtr.</small>	<b>Langetten</b> 42 <small>edelste Ware . . . Stück von 10 Meter</small>	<b>Besatzbörichen</b> 8 <small>2 cm breit, für Ruffenmittel usw. Meter</small>	<b>Konfektions-Büsten</b> 6.50 <small>für die Schneiderin mit Ständer . . .</small>	<b>Straußenwolle</b> 18 <small>diverse Farben Knäuel ca. 20 Gramm</small>	<b>Häkelseide</b> 28 <small>Kunstseide, alle Farben Knäuel 10 Gramm</small>	<b>Stahlstecknadeln</b> 22 <small>Karton 100 Gramm</small>
---	---	---	--	--	--	---

<b>Tändelschürzen</b> 95 <small>mit Träger, weiß Satin, mit Sünder, Wert 1.45 jezt Paar</small>	<b>Tändelschürzen</b> 1.65 <small>mit Sünder, reines Jaq u. Bolant Wert 2.25 jezt Paar</small>	<b>Weiß Stickerörcke</b> 225 <small>mit breitem Sticker-Bol, oder Einfaz und Sünder 5.50 4.50 3.50 2.95</small>	<b>Damen-Korsetts</b> 95 <small>mit Spital, federn, halbhöhe Form jezt 1.45</small>	<b>Damen-Korsetts</b> 1.95 <small>französisch, mit Strumpfhalter . . .</small>	<b>Eleg. Directoire-Korsetts</b> 4.25 <small>mit Stid. u. Banddurchzug</small>	<b>Directoire-Korsetts</b> 4.50 <small>champagne, 2 P. Strumpfh.</small>
--	---	--	--	---	---	---

<b>Damen-Achselschluß-Hemd</b> 95 <small>mit Rangette . . . Wert 1.45 jezt</small>	<b>Damen-Achselschluß-Hemd</b> 1.35 <small>mit Gergasse und Rangette Wert 1.65 jezt</small>	<b>Damen-Achselschluß-Hemd</b> 1.75 <small>mit gestidter Paffe Wert 2.25 jezt</small>	<b>Damen-Knie-Beinkleid</b> 95 <small>mit breitem Sticker-Bolant Wert 1.35 jezt</small>	<b>Damen-Knie-Beinkleid</b> 1.35 <small>mit breitem Sticker-Bolant Wert 1.65 jezt</small>	<b>Damen-Untertailen</b> 95 <small>mit Spitze und Bandgarnierung Wert 1.45 jezt</small>
---	--	--	--	--	--

**Ca. 12000 Taschentücher** die durch die Dekoration für die Weib bis zur Hälfte des regulären Preises!  
Woche zum Teil bestant und beschädigt

<b>Halbleinwand Taschentücher</b> 95 <small>jezt 1/2 Duzend</small>	<b>Gebrauchsfertige Taschentücher</b> 75 <small>jezt 1/2 Duzend</small>	<b>Damen-Batik-Taschentücher</b> 75 und 50 <small>mit Hohlraum jezt 1/2 Duzend</small>
--	--	---

<b>Damen-Regenschirme</b> 4.95 <small>farbig ge- stid, mit geraden und ge- bogenen Stielen, sehr elegant</small>	<b>Herren-Siedschirme</b> 3.95 <small>braun oder schwarz Futteral</small>	<b>Bremer Keule</b> 5.25 <small>unzweiherrigende 55 Rine 6-7-Zigarre, 10 St. 100 St.</small>	<b>Herren-Krawatten</b> 48 <small>schwarz/weiß, breite Binder, oder Regattes . . . Stück</small>	<b>Herren-Hosenträger</b> 75 <small>feinfarbig, mit auswechsel- baren Gummifrispen Wert 1.35 jezt</small>
---	--	---	---	--

<b>Wachstuch-Decken</b> 68 <small>60x100 cm, gestid . . . jezt 85</small>	<b>Wachstuch-Decken</b> 95 <small>60x110 cm, mit Kante . . . jezt 1.25</small>	<b>Linoleum</b> 1.35 <small>300 cm breit, gemastert . . . Quadratmeter</small>	<b>Mokette-Tischdecken</b> 5.85 <small>150x180 cm, mit Applikation jezt 10.50</small>	<b>Madras-Kaffeedecken</b> 4.25 <small>jezt 6.50 jezt Stück</small>	<b>Linoleum-Teppiche</b> 4.95 <small>mit kleinen Fehlern jezt 8.50 13.50 17.50 jezt 11.95 8.45</small>
--	---	---	--	--	---

<b>Damen-Halbschuhe</b> 145 <small>weiß, angepumpt jezt 2.45 jezt Paar</small>	<b>Damen-Halbschuhe</b> 375 <small>schwarz Sat., mit kleinen Fehlern jezt 5.25 jezt Paar</small>	<b>Damen-Halbschuhe</b> 95 <small>Lackstich . . . jezt 1.45 jezt Paar</small>
---	---	--

<b>Toilettenpapier Improved</b> 28 <small>3 Rollen jezt für</small>	<b>heutische Spielkarten</b> 55 <small>1 Spiel jezt für</small>	<b>Photo-Postkarten</b> 25 <small>Selbstad. Karton od. Gesteigt 10 Stück jezt für</small>	<b>Bronze-Postkarten</b> 28 <small>6 Stück jezt für</small>	<b>Wand-Kaffeemühle</b> 1.95 <small>weiß, m. gold, Prima Mahlwerk jezt</small>	<b>Emalle-Eimer</b> 58 <small>28 Zentimeter, mit kl. Fehlern jezt 68</small>	<b>Kaffeecassen</b> 28 <small>echt Porzellan, mit Rosenranke Paar</small>	<b>Martinstahl-Eißöffel</b> 6 <small>Stück</small>	<b>Martinstahl-Teelöffel</b> 4 <small>Stück</small>
--	--	--	--	---	---	--	---	--

<b>2 Stück Wachs Kernseife</b> 32 <small>jezt für</small>	<b>5 Pakete Salmiak-Terpentin-Waschpulver</b> 23 <small>jezt für</small>	<b>1-Pfund-Dose Bohnermasse</b> 59 <small>jezt für</small>	<b>3 Stück Toiletten-Blumenseife</b> 23 <small>jezt für</small>	<b>4 Pakete Streichhölzer</b> 95 <small>jezt für</small>	<b>1 große Dose Schuhcreme Herzolin</b> 24 <small>jezt für</small>
--	---	---	--	---	---

<b>Melange-Marmelade</b> 2.40 <small>10-Pfund-Gewicht</small>	<b>Zitronen</b> 40 <small>1 Duzend</small>	<b>Apfelsinen</b> 25 <small>1 Duzend</small>	<b>Bananen</b> 20 <small>1 Pfund</small>	<b>Feinster Kunsthonig</b> 2.45 <small>10-Pfund-Gewicht</small>	<b>1.35</b> <small>5-Pfund-Topf</small>
--	---	---	---	--	--

# Gebr. Sauer





Stelle besagt das: „Trotz einer solchen Verletzung...“

Schwere Unfallsfälle auf dem Eisenhütten-... Am Freitag waren drei Arbeiter beauftragt, die Verbindungs-...“

Wohnort 10. Februar (Mißstände). Das städtische...“

Meine Chronik.

Von einer Dampfwalze zermalmt.

Der 10 Jahre alte Sohn eines Fabrikarbeiters in Seemühlent...“

Ein neuer Stiegensturz.

Der fliegende Engländer lag auf dem Pflaster von...“

Stadt-Theater.

Magdeburg, 8. Februar.

Für den Wintermann, zu dem Schiller'schen...“

Magdeburg, 9. Februar.

Im kalten Jungferns Ehe Erdenmann die große...“

Ein fiescher Kindesmörder.

Ein Mann, der sich als fiescher Kindesmörder...“

In den Abgründ gestürzt.

Ein Mann, der sich in den Abgründ gestürzt...“

Geteert und verbrannt.

Die Stadt Witten im Saale Mühlthale ist am...“

Erdbeben in Italien.

In verschiedenen Teilen Süditaliens wurden am...“

Eingegangene Druckschriften.

Die eingegangenen Druckschriften werden nicht...“

Vereins-Kalender.

Sozialdemokratischer Verein. Der Bes. und Diskutier...“

Marktberichte.

Magdeburg, 8. Februar. (Kontliche Notierungen)...“

Geistliche Musikaufführung.

Magdeburg, 9. Februar.

Für die 90. geistliche Musikaufführung in der...“

Wasserstände.

Table with columns for location (e.g., Magdeburg, Halle), date, and water level measurements.

Standesamtliche Nachrichten.

Magdeburg, 8. Februar.

Angebote. Kaufm. Fritz Süßenguth mit...“

# Die neuesten Moden.

## Frühjahrsstoffe.

Es steht fest, daß die neue Modereichtung sich mit einer farbreicheren Musterkollektion, als wir sie in den letzten Jahren gewohnt waren, einführen wird. Die ersten Frühjahrsneuheiten leuchten uns bunt, vielleicht allzubunt entgegen. Da man aber nach den immer etwas gewagten ersten Versuchen auf eine gemilderte Folge schließen kann, so wird im Laufe der Frühjahrsaison der wünschenswerte Mittelzustand in der Farbenverteilung erreicht sein, den die Stoffadiktanten schon seit einigen Saisons vergeblich anstrebten. Daß die Interessen der Damentwelt sich nicht ganz mit der kaufmännischen Berechnung decken, birgt allerdings eine Gefahr für den Erfolg. Das wissen die Herren wohl und haben sich deshalb ganz gewaltig angestrengt, die reizendsten und bestechendsten Farbenkompositionen gegen das solide Schwarz-Weiß und das noch praktischere unverwundliche Marineblau zu Felde zu schicken. In Paris hat der neue buntgeblümte Stoff, den eine der beliebtesten Schauspielerinnen an einer entzückenden Bühnentoilette vorführte, bereits Schule gemacht. Ueberall, wo einige elegante Damen versammelt sind, kann man Gebärmtes sehen und wäre



1405. Frühjahrskostüm aus gestreiftem und glattem Wollstoff mit Cut-away-Jacke.

1406. Frühjahrskostüm mit Russenjacke aus grünem Velours de laine.

es auch nur als bescheidener Besatz. Als Kleiderstoff ist der neue Blumenkrepp in Verbindung mit glattem Stoff gedacht. Die geschaffenen Modelle dieser Art sind apart und reizend, sie werden aber leider aufhören es zu sein, wenn sie in Massen aufzutreten und das Land mit einem ungeachteten Blumenflor überschütten sollten. Aus Angst vor dieser drohenden Gefahr begnügen sich vorsichtige Damen schon am Anfang dieser Blumenmode mit einem beschränkteren Gebrauch des vielversprechenden Stoffes, und zwar verwendet man ihn hauptsächlich für Ärmel. Man legt jetzt nämlich dem

gefehrten Ärmel ein der geradefallende Schoß unter dem drapierten Wandgürtel fest angefügt. Ein breiter Stragen, den aus dem Stoff gebildete Motive schmücken, bedeckt die Ähelnähte. An dem Vorderrahmen ist die linke Naht der Vorderbahn mit einer Blende besetzt, die Hinterbahn wird an beiden Seiten von Blenden begrenzt.

1391. Festkleid mit Faltenrock für junge Mädchen. Die Vorlage eignet sich für leichtere Wollstoffe in jeder beliebigen Farbe, auch in Schwarz. Der in Wissefalten geordnete Rock wird oben durch einen glatten Ansatz ergänzt.



1392. Festkleid aus weißem Voile mit Spitzenbesatz für Mädchen von 14-16 Jahren.

1391. Festkleid aus hellblauem Wollbatist mit plissierter Bluse und Faltenrock für Mädchen von 14-16 Jahren.

Kleide gern absteckende Ärmel aus bunten Stoffen ein. Die Taille hat gewöhnlich Kimonoform. Die Fortsetzung des angeschnittenen Ärmels bildet dann der absteckende Stoff. In manchen Modellen ist dies die einzige bunte Farbzugabe. Andere Modelle wieder bringen zwei verschiedene Stoffe in gleichmäßiger Verteilung zur Geltung. So gibt man glatten Faden gemusterte Röcke bei und umgekehrt. (Siehe Abbildung auf dieser Seite.) Viel seltener sieht man aber auch große schräggestellte Schottenmuster und kleinere Nadeln in Verbindung mit glattem Stoff. Die oben erwähnten Blumenstoffe eignen sich nicht für das einfache Kostümgenre, sondern fallen in den Bereich der garnierten, sogenannten französischen Toiletten, die ausschließlich für die Mehrheit der Damen noch nicht von brennendem Interesse sind. Für die Uebergangskostüme kommen die neuen glatten und gemusterten Satinruche, Velours de laine, die ebenfalls glatt und gemustert gemeinsam verarbeitet werden, die Covercoats, Chebiots, die gerippten und alle derartigen Wollstoffe in Frage. Es ist selbstverständlich, daß viele Damen den neutralen Farben auch in Zukunft den Vorzug geben werden, und in dieser Voraussetzung hat man auch diese Nuancen in allen modernen Stoffen gebracht. So die ganze Reihe



1403. Matrosenanzug für Knaben von 9-11 Jahren.

1404. Schulanzug für Knaben von 10-12 Jahren.

für die, auf einer Futtertafel ruhende Bluse läßt man den Stoff in flache Falten brechen und verwendet für die glatt eingefügten Ärmel die Falten in Querlage. Der vorn aufsteigende Saum und die Vorderrahmen werden mit Kurbelstückeri oder leichter Sortenbesatzung versehen. In Falten gelegter Einsatz und Innenärmel aus Tüll, Blenden und Gürtel aus Raffet. Ueber die Äheln und Ärmel laufender Bildereigalon.

1392. Festkleid mit Spitzenbesatz für 14-16 jährige Mädchen. Der aus zwei Bahnen bestehende Rock ist oben ringsum durch Fältchen anliegend gemacht. Ueber die Vordernaht läuft ein Spitzengalon, der sich über die Mitte der auf Futter gearbeiteten Bluse fortsetzt. Ein breiter Spitzengalon mit Plisseerand umgibt fragenartig die in Fältchen abgenähte Tüllpassse. Spitzenvorhang mit Einsatz am Rock und als Abschluß der halblangen Reihärmel.

1403 und 1404. Zwei Anzüge für Knaben. Marineblauer Chebiot ergibt den Matrosenanzug. Abknöpfbarer Reihstragen. Verdickter Vorderreihstragen. Gerades Festkleid. Der hochschließende Schulanzug aus grauem Wollstoff hat Bluse mit abgesteppten Fältchengruppen und Stegumlegefragen.

der braunen Lüne bis blau für gelblichen Senfblau, dann Dunkelblau, Dunkelblau und alle grauen Lüne. Auch Schwarz und Weiß finden sich in verschiedenen Mischungen vor. Ein wichtiger Ausschalt dieser Vereinfachung wird demnach nicht geplant. Auch nicht eine totale Umwandlung des gegenwärtigen Modestils. Es werden sich nach und nach Abweichungen von den jetzt bekannten Formen entwickeln, aber von heute auf morgen wird so leicht kein Kleid mehr absolut unmodern. Margarete.

## Die abgebildeten Modelle.

1405. Frühjahrskostüm aus zweifarbigem Stoff für Damen. Grau und dunkelblau gestreifter Wollstoff ergibt den Vorderrahmen mit geradem Ansatz. Die Naht vorn links und rechts hinten, so wie oberhalb des Ansatzes, sind breit übergefleppt. An der aus glattem Stoff gearbeiteten Jacke mit geteilten Vorder- und Rückenteilen sind die Äheln mit gestreiftem Stoff belegt. Im übrigen bleibt die Jacke glatt. Dieser Einreihstragen und zurückweichend ausgeschnittener Schoß (Cut-away).

1406. Frühjahrskostüm mit Russenbluse für Damen. Der dunkle Velours de laine ist für diesen Anzug ganz in sich verarbeitet, doch haben sich die in schrägem Fadenlauf geschnittenen Blenden als Besatz von dem geradelaufenden Grundstoff ab. An die sich vorne zum Schluß kreuzende Bluse mit langen ein-



Der Gernersheimer Mann. Die Gernersheimer Witterlei...

Der junge Gautier. Der junge Gautier, der französische...

Humor und Satire.

Er kann ruhig sein. Der junge Gautier, trank selbst mit...

Rumf und Literatur.

Das Grotte-Nationalmuseum war Gegenstand der Gerüchten...

Einmal dreißig. Mentier E. feiert den 60. Geburtstag. Mit...

Die arme Sünderin. Roman von Ernst von Wolzogen. (34. Fortsetzung.)

Übermäßig amüßig verlief der Abend gerade nicht...

Er überdachte eine falsche Komuery, trank selbst mit...

Spanische Inquisitionskunde. Also, Montandeg, Sie sehen...

Einmal dreißig. Mentier E. feiert den 60. Geburtstag. Mit...

Unterhaltungsbeilage zum Volksstrome

Nr. 35 Magdeburg, Dienstag den 11. Februar 1913

Die arme Sünderin. Roman von Ernst von Wolzogen. (34. Fortsetzung.)

Übermäßig amüßig verlief der Abend gerade nicht...

Er überdachte eine falsche Komuery, trank selbst mit...

Spanische Inquisitionskunde. Also, Montandeg, Sie sehen...

Einmal dreißig. Mentier E. feiert den 60. Geburtstag. Mit...

Humor und Satire.

Rumf und Literatur.

Einmal dreißig.

Druck und Verlag von F. F. F. F. F., verantwortlich Redakteur...

